



SECTION DOCUMENTATION  
ET INFORMATION  
SEKTION DOKUMENTATION  
UND INFORMATION

Centre suisse de documentation en matière d'enseignement et d'éducation  
Schweizerische Dokumentationsstelle für Schul- und Bildungsfragen  
Centro svizzero di documentazione per l'insegnamento e l'educazione

15, route des Morillons 1218 Le Grand-Saconnex / GE Téléphone (022) 98 45 31

## DEBUT DE LA SCOLARITE OBLIGATOIRE DANS LES CANTONS

Age et date limite  
bases légales

Etat : décembre 1988

## BEGINN DER SCHULPFLICHT IN DEN KANTONEN

Alter und Stichtag  
gesetzliche Bestimmungen

Stand : Dezember 1988

*revisé à jour juin 1992*

**CESDOC**  
CENTRE SUISSE DE DOCUMENTATION  
EN MATIÈRE D'ENSEIGNEMENT ET D'ÉDUCATION  
15, route des Morillons  
1218 LE GRAND-SACONNEX / GE

Dossier 88.15

## Konkordat über die Schulkoordination vom 29. Okt. 1970

## A. Materielle Vorschriften

## Art. 2

*Verpflichtungen*

Die Konkordatskantone verpflichten sich, ihre Schulgesetzgebung in den folgenden Punkten anzugleichen:

- a. Das Schuleintrittsalter wird auf das vollendete 6. Altersjahr festgelegt. Stichtag ist der 30. Juni. Abweichungen im kantonalen Recht bis zu 4 Monaten vor und nach diesem Datum sind zulässig.

. . . . .

Dem Konkordat vom 29. Oktober 1970 über die Schulkoordination ist neu folgender Kanton beigetreten:

Kanton	Beitritt	Inkrafttreten
Thurgau .....	13. Januar 1987	13. Januar 1987

4. August 1987

Bundeskanzlei

Dem Konkordat sind folgende Kantone beigetreten (Stand 15. Juli 1987):

Zürich .....	AS 1971 1441	Basel-Landschaft .....	AS 1971 1441
Luzern .....	AS 1971 1441	Appenzell A. Rh. ....	AS 1972 590
Uri .....	AS 1971 1441	Appenzell I. Rh. ....	AS 1971 1441
Schwyz .....	AS 1971 1441	St. Gallen .....	AS 1971 1441
Obwalden .....	AS 1971 1441	Graubünden .....	AS 1972 2600
Nidwalden .....	AS 1971 1441	Thurgau .....	AS 1987 1000
Glarus .....	AS 1971 1441	Waadt .....	AS 1971 1441
Zug .....	AS 1971 1441	Wallis .....	AS 1972 590
Freiburg .....	AS 1971 1441	Neuenburg .....	AS 1971 1441
Solothurn .....	AS 1971 1441	Genf .....	AS 1971 1441
Basel-Stadt .....	AS 1987 852	Jura .....	AS 1979 496

Concordat sur la coordination scolaire du 29 oct. 1970

**A. Dispositions de fond**

**Art. 2**

Obligations Les cantons concordataires décident de coordonner leurs législations scolaires de la manière suivante:

- a) L'âge d'entrée à l'école obligatoire est fixé à six ans révolus au 30 juin. Les cantons conservent la possibilité d'avancer ou de retarder la date limite de quatre mois.

.....

Le canton suivant vient d'adhérer au concordat du 29 octobre 1970 sur la coordination scolaire:

Canton	Adhésion	Entrée en vigueur
Thurgovie .....	13 janvier 1987	13 janvier 1987

4 août 1987

Chancellerie fédérale

Les cantons suivants ont adhéré au concordat (état le 15 juillet 1987):

Zurich .....	RO 1971 1437	Bâle-Campagne .....	RO 1971 1437
Lucerne .....	RO 1971 1437	Appenzell Rh.-Ext. .	RO 1972 598
Uri .....	RO 1971 1437	Appenzell Rh.-Int. .	RO 1971 1437
Schwyz .....	RO 1971 1437	Saint-Gall .....	RO 1971 1437
Unterwald-le-Haut..	RO 1971 1437	Grisons .....	RO 1972 2652
Unterwald-le-Bas ...	RO 1971 1437	Thurgovie .....	RO 1987 1000
Glaris .....	RO 1971 1437	Vaud .....	RO 1971 1437
Zoug .....	RO 1971 1437	Valais .....	RO 1972 598
Fribourg .....	RO 1971 1437	Neuchâtel .....	RO 1971 1437
Soleure .....	RO 1971 1437	Genève .....	RO 1971 1437
Bâle-Ville .....	RO 1987 852	Jura .....	RO 1979 496

## Schulgesetz

Vom 17. März 1981  
Abgeändert am 23. Juni 1987

### § 4

Schul-  
pflicht,  
Grundsatz

<sup>1</sup> Alle Kinder und Jugendlichen mit Aufenthalt im Kanton unterstehen der Schulpflicht; sie dauert 9 Jahre.

<sup>2</sup> Kinder, die bis zum 30. April das sechste Altersjahr vollendet haben, werden auf Beginn des nächsten Schuljahres schulpflichtig.

<sup>3</sup> Die Schulpflicht endet nach Ablauf desjenigen Schuljahres, in dem bis zum 30. April das 15. Altersjahr bzw. vom 1. Mai bis zu Beginn des nächsten Schuljahres das 16. Altersjahr zurückgelegt worden ist.

### § 5

Schul-  
pflicht,  
Ausnahmen

<sup>1</sup> Bei mangelnder Schulreife wird der Beginn der Schulpflicht um ein Jahr hinausgeschoben.

<sup>2</sup> Aus wichtigen Gründen kann das Erziehungsdepartement ein Kind vorübergehend von der Schulpflicht entbinden oder Jugendliche vorzeitig daraus entlassen.

Schulgesetz vom 26. April 1981

**Art. 14 Schuleintritt**

<sup>1</sup> Kinder, die vor dem in der Vollziehungsverordnung<sup>1)</sup> festgesetzten Stichtag<sup>2)</sup> das sechste Altersjahr zurückgelegt haben, werden auf Beginn des nächsten Schuljahres schulpflichtig.

<sup>2</sup> Die Gemeindeschulkommission kann im Rahmen der Vollziehungsverordnung<sup>1)</sup> den Aufschub oder die Vorverlegung des Schuleintritts bewilligen.

<sup>3</sup> Die Gemeindeschulkommission weist die Kinder in die erste Klasse der Primarschule oder in eine Sonderklasse ein. Vor der Einweisung in eine Sonderklasse hat sie einen Bericht des schulärztlichen oder schulpsychologischen Dienstes einzuholen.

<sup>2)</sup> Vgl. Art. 6 der V vom 7. Dezember 1981 zum Schulgesetz, bGS 411.1

Verordnung zum Schulgesetz vom 7. Dez. 1981

**Art. 8 Schuleintritt**

<sup>1</sup> Kinder, die vor dem 1. Januar das 6. Altersjahr zurückgelegt haben, werden auf Beginn des nächsten Schuljahres schulpflichtig.

<sup>2</sup> Der Schuleintritt ist grundsätzlich nur bei Beginn des Schuljahres möglich. Ausnahmsweise kann die Gemeindeschulkommission den Schuleintritt bis zum Beginn des zweiten Schulquartals bewilligen.

<sup>3</sup> Kinder, die das 6. Altersjahr innerhalb der ersten drei Monate nach dem Stichtag vollenden, können auf Gesuch der Eltern in die erste Klasse aufgenommen werden. Die Gemeindeschulkommission entscheidet auf Grund des Befundes eines Sachverständigen (Schulreifeberater).

<sup>4</sup> Schulpflichtige Kinder mit mangelnder Schulpflicht oder gesundheitlichen Störungen können auf Wunsch der Eltern zurückgestellt werden.

<sup>5</sup> Die Gemeindeschulkommission kann bei schweren gesundheitlichen Störungen auf Antrag des Schularztes oder eines Schulpsychologen die Dispensation des Schülers vom Besuch der Volksschule und die Sonderschulung anordnen.

<sup>6</sup> Im Zuge interkantonalen Angleichung ist der Regierungsrat befugt, den für den Beginn der Schulpflicht massgebenden Stichtag neu festzusetzen.

---

**Verordnung  
zum Schulgesetz<sup>1)</sup>****Änderung vom 23. Oktober 1989**

---

*Der Kantonsrat des Kantons Appenzell A. Rh..**beschliesst:***I.**

Die Verordnung vom 7. Dezember 1981 zum Schulgesetz<sup>1)</sup> wird wie folgt geändert:

**Art. 8 Abs. 3**

<sup>3</sup> Kinder, die das 6. Altersjahr im Laufe des Kalenderjahres nach dem Stichtag vollenden, können auf...

**Art. 8 Abs. 6**

<sup>6</sup> Der Regierungsrat ist befugt, den für den Beginn der Schulpflicht massgebenden Stichtag neu festzusetzen.

**Art. 11**

<sup>1</sup> Die wöchentliche Unterrichtszeit ist auf neun Halbtage der sechs Werktage zu verteilen.

<sup>2</sup> Die Landesschulkommission kann in besonderen Fällen Abweichungen bewilligen.

---

<sup>1)</sup> bGS 411.0

Schulgesetz vom 29. April 1984

Art. 15

- Schuleintritt
- <sup>1</sup>Kinder, die vor dem durch den Grossen Rat festgesetzten Stichtag das 6. Altersjahr zurückgelegt haben, werden auf Beginn des nächsten Schuljahres schulpflichtig.
  - <sup>2</sup>Der Schulrat kann im Rahmen der Verordnung den Aufschub des Schuleintrittes bewilligen.
  - <sup>3</sup>Eine Vorverlegung des Schuleintrittes ist nicht zulässig.

Schulverordnung vom 19. Nov. 1984

Art. 7

- Schuleintritt
- <sup>1</sup>Kinder, die vor dem 1. Januar das 6. Altersjahr zurückgelegt haben, werden auf Beginn des nächsten Schuljahres schulpflichtig.
  - <sup>2</sup>Der Schulrat kann schulpflichtige Kinder mit mangelnder Schulreife oder gesundheitlichen Störungen auf Antrag der Eltern zurückstellen. Die Eltern lassen sich durch die Lehrkräfte beraten. Eltern und Lehrkräfte können die Schuldienste beiziehen.
  - <sup>3</sup>Bis zu den Herbstferien des 1. Schuljahres kann die Rückstellung auch durch die Lehrkraft beantragt werden.

## Schulverordnung (SchVO)

vom 19. November 1984<sup>1</sup>

Der Grosse Rat des Kantons Appenzell I. Rh.,  
gestützt auf Art. 65 des Schulgesetzes vom 29. April 1984,

beschliesst:

### I. Allgemeine Bestimmungen

#### Art. 1

<sup>1</sup>Die Zusammenarbeit von Schulbehörden, Lehrkräften und Eltern erstreckt sich im besonderen darauf:

- sich gegenseitig über Vorgänge zu informieren, die für die körperliche, seelische und geistige Entwicklung des Schülers wichtig sind;
- Fragen des Bildungsganges und der Vorbereitung zur Berufswahl zu besprechen.

<sup>2</sup>Die Schulbehörden und die Lehrkräfte informieren die Eltern regelmässig über die Lehrziele sowie über wichtige Schul- und Erziehungsfragen.

<sup>3</sup>Die charakterliche und religiöse Erziehung ist in erster Linie Sache der Eltern.

Zusammenarbeit  
Schule-Eltern

#### Art. 2

Über die Aufnahme von Schülern, deren Eltern nicht im Kanton wohnen, entscheidet der Schulrat. Er kann ein angemessenes Schulgeld festsetzen. Vorbehalten bleiben besondere Vereinbarungen des Kantons.

Ausserkantona-  
nale Schüler

#### Art. 3

<sup>1</sup>Der Schulrat kann von den Eltern angemessene Beiträge erheben für:

- den Materialaufwand (Art. 9 Abs. 2 SchG);
- die Mittagsverpflegung (Art. 13 Abs. 2 SchG);
- die Mahlzeiten im Kochunterricht;
- Schulreisen, Schulverlegungen, Sportwochen, kulturelle Anlässe und dergleichen.

<sup>2</sup>Andere Beiträge dürfen nur mit Bewilligung der Landesschulkommission erhoben werden.

Elternbeiträge

<sup>1</sup> Mit Revision vom 30. November 1987.

## II. Schultypen

### A. Gemeinsame Bestimmungen

#### Art. 4

Schulpflicht <sup>1</sup>Schülern, die eine oder mehrere Klassen wiederholen oder die aus der Realschule in weiterführende Schulen übertreten, wird der Besuch der repetierten Klassen oder der Realschule an die Schulpflicht angerechnet.

<sup>2</sup>Der Besuch einer Klasse, in welcher der Lehrstoff der 1. Klasse auf 2 Jahre verteilt wird (Einführungsklasse), zählt als 1 Schuljahr.

<sup>3</sup>Jeder Schüler ist berechtigt, den jeweiligen Schultyp einer öffentlichen Schule (Art. 3 SchG) unabhängig von der Zahl der geleisteten Schuljahre unentgeltlich zu Ende zu führen.

<sup>4</sup>Wer ein freiwilliges Schuljahr besucht, muss es zu Ende führen. Liegen besondere Gründe vor, kann der Schulrat eine frühere Entlassung bewilligen.

#### Art. 5

Ausnahme vom  
ordentlichen  
Schulort Bewilligt die Landesschulkommission eine Ausnahme vom ordentlichen Schulort, kann sie die Schulgemeinde und die Eltern zu angemessenen Beiträgen an die Schulgemeinde des ausserordentlichen Schulortes verpflichten.

#### Art. 6<sup>1</sup>

Schuljahr <sup>1</sup>Das Schuljahr beginnt an jenem Montag, der am nächsten beim 15. August liegt.

Wöchentliche  
Schulzeit <sup>2</sup>Die wöchentliche Schulzeit gemäss Stundentafeln ist möglichst gleichmässig auf die sechs Werktage zu verteilen. Der Mittwoch- und der Samstagnachmittag sind schulfrei. Die Stundenzahlen richten sich nach den jeweiligen Lehrplänen.

<sup>3</sup>Die Landesschulkommission kann Abweichungen bewilligen.

#### Art. 7<sup>2</sup>

Schuleintritt <sup>1</sup>Kinder, die vor dem 1. Januar das 6. Altersjahr zurückgelegt haben, werden auf Beginn des nächsten Schuljahres schulpflichtig.

<sup>2</sup>Der Schulrat kann schulpflichtige Kinder mit mangelnder Schulreife oder gesundheitlichen Störungen auf Antrag der Eltern zurückstellen. Die Eltern lassen sich durch die Lehrkräfte beraten. Eltern und Lehrkräfte können die Schuldienste beiziehen.

<sup>1</sup> Abgeändert durch GrRB vom 30. November 1987 (Abs. 1; Inkraftsetzung durch StKB vom 22. Dezember 1987, Nr. 1693: 1. Januar 1989).

<sup>2</sup> Abgeändert durch GrRB vom 30. November 1987 (Abs. 3, Inkraftsetzung durch StKB vom 22. Dezember 1987, Nr. 1693: 1. Januar 1988).

<sup>3</sup>Im ersten Semester des ersten Schuljahres kann die Rückstellung auch durch die Lehrkraft beantragt werden.

Art. 8

<sup>1</sup>Die Schülerzahl einer Klasse beträgt auf Dauer höchstens:

- a) im Kindergarten 25 Schüler;
- b) in der Primarschule 30 Schüler, bei Schulabteilungen mit mehr als 2 Klassen 25 Schüler; Klassengrösse
- c) in der Real- und Sekundarschule 25 Schüler;
- d) im Handarbeits- und Hauswirtschaftsunterricht 16 Schüler;
- e) in den Sonderklassen 14 Schüler.

<sup>2</sup>Über Einzelheiten und Ausnahmen entscheidet die Landesschulkommission.

Art. 9

<sup>1</sup>Das Schulinspektorat führt die Lehrmittelverwaltung.

Lehrmittel

<sup>2</sup>Lehrmittel und Unterrichtshilfen sind über die Lehrmittelverwaltung zu beziehen.

**B. Öffentliche Schulen**

Art. 10

In den Primar- und Sonderklassen bedarf der Austausch einzelner Fächer zwischen 2 Lehrkräften der Bewilligung des Schulrates. Über weitere Ausnahmen entscheidet die Landesschulkommission. Primar- und Sonderklassen

Art. 11

In der Realschule wird jede Klasse von einem verantwortlichen Lehrer betreut, der mindestens die Hauptfächer erteilt. Ausnahmen bedürfen einer Bewilligung der Landesschulkommission. Realschule

Art. 12

<sup>1</sup>In der Sekundarschule ist für jede Klasse ein verantwortlicher Klassenlehrer zu bezeichnen. Sekundarschule

<sup>2</sup>Der Unterricht wird zur Hauptsache von je einer Lehrkraft sprachlich-historischer und mathematisch-naturwissenschaftlicher Richtung erteilt. Der Unterricht in einzelnen Fächern kann Lehrern anderer Schularten oder besonders ausgebildeten Fachkräften übertragen werden.

Art. 13

<sup>1</sup>Der Übertritt in die Oberstufe erfolgt nach der 6. Klasse der Primarschule.

Übertritt

<sup>2</sup>Ein Übertritt in die Sekundarschule ist auch aus der Realschule möglich.

## Schulgesetz

Vom 26. April 1979 <sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> In der Volksabstimmung vom 23. September 1979 angenommen.

### B. Schulpflicht

#### § 14 Beginn der Schulpflicht, nach- oder vorzeitiger Schuleintritt

<sup>1</sup> Kinder, die vor dem Stichtag das 6. Altersjahr zurückgelegt haben, werden auf Beginn des nächsten Schuljahres schulpflichtig. Den Stichtag legt die Verordnung fest.

<sup>2</sup> Auf Gesuch der Eltern oder auf Antrag des Schulärztlichen oder des Schulpsychologischen Dienstes kann die Schulpflicht für das betreffende Kind den Beginn der Schulpflicht um ein Jahr hinausschieben oder die Aufnahme in eine Sonderschule verfügen.

<sup>3</sup> Überdurchschnittlich begabte und entwickelte Kinder können auf Gesuch der Eltern und mit Zustimmung des Schulärztlichen und des Schulpsychologischen Dienstes durch die Schulpflicht vorzeitig in die Schule aufgenommen werden.

### Dekret zum Schulgesetz <sup>1)</sup>

Vom 3. Dezember 1979

<sup>1)</sup> Fassung vom 9. November 1987 (GS 29.454), in Kraft seit 18. April 1988.

#### § 7<sup>1)</sup> Schulpflicht, Stichtag (§ 14 Absatz 1)

<sup>1</sup> Stichtag für die Schulpflicht ist der 1. Mai. Der Regierungsrat regelt das Verfahren bei vorzeitiger Einschulung und bei Zurückstellung.

<sup>2</sup> Für die Schuljahre 1987/88 bis 1990/91 werden die Kinder folgender Zeiträume schulpflichtig:

- a. Schuljahr 1987/88: Kinder, die vom 1. Januar 1980 bis 31. Januar 1981 geboren sind,
- b. Schuljahr 1988/89: Kinder, die vom 1. Februar 1981 bis 28. Februar 1982 geboren sind,
- c. Schuljahr 1989/90: Kinder, die vom 1. März 1982 bis 31. März 1983 geboren sind,
- d. Schuljahr 1990/91: Kinder, die vom 1. April 1983 bis 30. April 1984 geboren sind.

<sup>1)</sup> Fassung vom 23. Oktober 1986 (GS 29.345), in Kraft seit 1. Oktober 1986.

Schulgesetz vom 4. April 1929

Änderung vom 23. April 1987

§ 19. In die unterste Klasse der Primarschule werden die Kinder aufgenommen, die vor dem 1. Mai des Eintrittsjahres das 6. Altersjahr zurückgelegt haben.

<sup>1</sup> Gut entwickelte Kinder, die zwischen dem 1. Mai und dem 1. September sechs Jahre alt werden, können auf Gesuch der Eltern und Empfehlung des Schularztes durch das Erziehungsdepartement aufgenommen werden.

§ 56. Mit dem Beginn jedes Schuljahres werden die Kinder schulpflichtig, die vor dem vorangegangenen 1. Mai das 6. Altersjahr zurückgelegt haben.

<sup>1</sup> Die Schulpflicht endet mit dem Schluss des Schuljahres für die Kinder, die vor dem 1. Mai das 15. Altersjahr zurückgelegt haben, ferner für die Kinder, die vor dem 1. September das 15. Altersjahr zurücklegen, wenn ihnen nach dem in § 19 geregelten Verfahren der vorzeitige Eintritt in die Schule gestattet worden ist.

**B. Schulgesetz: Neue Fassung<sup>1)</sup>**

Stand am 11. August 1991 / 1. August 1994

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt beschliesst in Ausführung der §§ 12 und 13 der Kantonsverfassung vom 2. Dezember 1889 was folgt:

**I. Schulorganisation**

§ 1. Dieses Gesetz regelt die Verhältnisse der vom Staate unterhaltenen öffentlichen Unterrichtsanstalten für allgemeine und berufliche Bildung, soweit nicht Spezialgesetze bestehen, sowie die Aufsicht des Staates über die Privatschulen.

**EINTEILUNG**

- § 2. Es bestehen folgende staatliche Schulen, Anstalten und Kurse:
1. Kindergärten  
für die Erziehung und Beschäftigung der noch nicht schulpflichtigen Jugend.
  2. Schulen für allgemeine Bildung<sup>2)</sup>
    - a) die Primarschule, 1.–4. Schuljahr
    - b) die Kleinklassen
    - c) die Orientierungsschule, 5.–7. Schuljahr
    - d) die Weiterbildungsschule, 8.–9./10. Schuljahr
    - e) die Gymnasien, 8.–12. Schuljahr
    - f) die Handelsschule, 10.–12. Schuljahr
    - g) die Diplommittelschule, 10.–12. Schuljahr

<sup>1)</sup> Das Änderungsgesetz vom 18. 2. 1988 (Schulreform, abgedruckt in CG 1988 S. 115) enthält folgende *Übergangsbestimmungen*:

1. Für die Vorbereitung des Vollzugs dieser Änderung setzt der Regierungsrat eine Projektleitung ein.
2. Die Projektleitung beachtet die Mitwirkungsrechte der Lehrerschaft, indem sie die Konferenzen in Sinne von § 114 des Schulgesetzes bezieht, wobei auch Arbeitsgruppen aus Konferenzen gebildet werden können.
3. Die Stundentafel der Orientierungsschule und der Weiterbildungsschule gilt als Richtlinie für die Einführungsphase.

Die Primarschulabgänger und -abgängerinnen treten zu Beginn des sechsten Schuljahres, das dem Eintritt der Rechtskraft folgt, in die Orientierungsschule über (GRB vom 13. 6. 1990, KiBl 1990 I 737).

Die Rechtskraft ist am 5. 12. 1988 eingetreten; somit werden zu Beginn des Schuljahres 1994/95 die ersten Schülerinnen und Schüler in die neue Orientierungsschule übertreten. Vgl. hierzu auch die in der Vorbemerkung auf S. 1 abgedruckte Wirksamkeitserklärung des RR vom 6. 8. 1991.

Diese Übergangsregelung bezieht sich auf folgende Bestimmungen des Schulgesetzes: §§ 2 Ziff. 2, 20 Abs. 1, 21, 23–25, 29–43, 72, 82, 88 Abs. 4, 91, 98a Abs. 1, 3 und 7, 124 Abs. 1 Ziff. 2.

<sup>2)</sup> § 2 Ziff. 2 in der Fassung des GRB vom 18. 2. 1988 (wirksam seit 1. 8. 1994).  
Betreffend *Übergangsbestimmungen*: Siehe Fussnote 1.

**A. Die Primarschule<sup>7)</sup>**

§ 17.<sup>8)</sup> Die Primarschule umfasst vier Schuljahre. Knaben und Mädchen werden in der Regel gemeinsam unterrichtet.

§ 18.<sup>9)</sup> Die vier Klassen der Primarschule sind die gemeinsame Erziehungs- und Bildungsanstalt aller Kinder; sie haben die besondere Aufgabe, die Schüler und Schülerinnen mit den Elementarkenntnissen vertraut zu machen, ihre Beobachtungs-, Denk- und Ausdrucksfähigkeit zu pflegen und sie dadurch auf die folgenden Stufen vorzubereiten.

§ 19.<sup>10)</sup> In die unterste Klasse der Primarschule werden die Kinder aufgenommen, die vor dem 1. Mai des Eintrittsjahres das sechste Altersjahr zurückgelegt haben.

<sup>2)</sup> Gut entwickelte Kinder, die zwischen dem 1. Mai und dem 1. September sechs Jahre alt werden, können auf Gesuch der Eltern und Empfehlung des Schularztes durch das Erziehungsdepartement aufgenommen werden.

§ 20.<sup>11)</sup> Die Schülerzahl der Klassen der Primarschulen soll in der Regel 25 nicht übersteigen.

<sup>2)</sup> Wird in einer Klasse der Primarschule nicht abteilungsweise unterrichtet, so soll die Schülerzahl in der Regel 20 nicht übersteigen.

§ 21.<sup>12)</sup> Die wöchentliche Unterrichtszeit der Primarschüler und -schülerinnen beträgt 20–28 Stunden.

§ 22. Die Unterrichtsfächer der Primarschule sind: Sprache, Lesen, Rechnen, Heimatkunde, Schreiben, Zeichnen, Singen, Turnen, Handarbeit. Ferner werden fakultative Musikkurse durchgeführt.<sup>13)</sup>

<sup>7)</sup> Abschnittstitel A in der Fassung des GRB vom 18. 2. 1988 (wirksam seit 1. 8. 1994).

<sup>8)</sup> § 17, Abs. 1 in der Fassung des G vom 16. 10. 1958 (mit hier nicht abgedruckten *Übergangsbestimmungen*), teilweise gestrichen durch G vom 16. 10. 1980, Abs. 2 aufgehoben durch GRB vom 18. 2. 1988 (wirksam seit 1. 8. 1994).

<sup>9)</sup> § 18, Abs. 2 und 3 aufgehoben durch GRB vom 18. 2. 1988 (wirksam seit 1. 8. 1994).

<sup>10)</sup> § 19 in der Fassung des GRB vom 23. 4. 1987 (wirksam seit 7. 6. 1987).  
Betreffend *Übergangsbestimmungen*: Siehe Fussnote 3.

<sup>11)</sup> § 20, Abs. 1 in der Fassung des GRB vom 18. 2. 1988 (wirksam seit 1. 8. 1994);  
Abs. 3 aufgehoben durch den gleichen GRB; Abs. 2 in der Fassung des G vom 20. 10. 1977 (mit hier nicht mehr abgedruckter *Übergangsbestimmung*).

<sup>12)</sup> § 21 in der Fassung des GRB vom 18. 2. 1988 (wirksam seit 1. 8. 1994).  
Betreffend *Übergangsbestimmungen*: Siehe Fussnote 1.

<sup>13)</sup> § 22: Vorausgehender Satz beigelegt durch GRB vom 16. 10. 1985 (wirksam seit 1. 12. 1985); Abs. 2 aufgehoben durch GRB vom 18. 2. 1988 (wirksam seit 1. 8. 1994).

## 4. DIE UNIVERSITÄT

§ 53. Die Organisation der Universität und ihrer Sammlungen ist in einem besonderen Gesetz geregelt.

## 5. KURSE

§ 54. Die in § 2 vorgesehenen Kurse werden vom Erziehungsdepartement im Rahmen der bewilligten Kredite von Fall zu Fall angeordnet und durchgeführt.

<sup>2</sup> Der Regierungsrat ist ermächtigt, besondere Kurse und Einrichtungen zu schaffen mit dem Zweck, befähigten Personen, die erst nach vollendeter Schulpflicht oder nach dem Eintritt ins Berufsleben in die Lage kommen, sich auf ein Studium vorzubereiten, die Ablegung der Maturitätsprüfung zu ermöglichen oder zu erleichtern.

## II. Allgemeine Bestimmungen. Schulpflicht und Schüler

*Schulpflicht*

§ 55.<sup>25)</sup> Jedes im Kanton Basel-Stadt wohnhafte bildungsfähige Kind ist während neun Jahren schulpflichtig. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen betreffend die Fortbildungskurse.

§ 56.<sup>26)</sup> Mit dem Beginn jedes Schuljahres werden die Kinder schulpflichtig, die vor dem vorangegangenen 1. Mai das sechste Altersjahr zurückgelegt haben.

<sup>2</sup> Über eine Hinausschiebung des Schuleintritts entscheidet der Vorsteher des Erziehungsdepartementes auf Antrag des zuständigen Schulorthebers und des Schularztes.

<sup>3</sup> Die Schulpflicht endet mit dem Schluss des Schuljahres für die Kinder, die vor dem 1. Mai das 15. Altersjahr zurückgelegt haben, ferner für die Kinder, die vor dem 1. September das 15. Altersjahr zurücklegen, wenn ihnen nach dem in § 19 geregelten Verfahren der vorzeitige Eintritt in die Schule gestattet worden ist. Für solche Kinder, die bei Eintritt dieser Voraussetzungen noch nicht neun Schuljahre absolviert haben, endet die Schulpflicht mit dem Schluss des Schuljahres, in dem sie das 16. Altersjahr zurückgelegt haben.

<sup>4</sup> Von den mit Beginn des Schuljahres in die erste Klasse der Primarschule eintretenden Kindern werden keine Vorkenntnisse verlangt.

<sup>25)</sup> §§ 55 und 56 in der Fassung des G betreffend Einführung eines obligatorischen 9. Schuljahres vom 16. 4. 1964; siehe hiezu auch dieses G.

<sup>26)</sup> § 56: Abs. 1 und 3 Satz 1 geändert durch GRB vom 23. 4. 1987 (wirksam seit 7. 6. 1987, betreffend *Übergangsbestimmungen*: Siehe Fussnote 3). Siehe im übrigen auch Fussnote 25.

Gesetz über die Primarschule vom 2. Dez. 1951 und Änderung vom 18. Febr. 1987

Schulpflicht,  
Rückstellung,  
Zuweisung

**Art. 54** <sup>1</sup> Jedes Kind, das in Gebieten mit deutschsprachigen Schulen das sechste Altersjahr vor dem 1. Januar und in solchen mit französischsprachigen Schulen vor dem 1. August zurückgelegt hat, ist auf Beginn des nächsten Schuljahres schulpflichtig. Bei Vorliegen besonderer Verhältnisse kann die Schulkommission gestützt auf Bericht und Antrag einer Erziehungsberatungsstelle einen früheren Eintritt gestatten.

<sup>2</sup> Das Schuljahr beginnt in der Regel an deutschsprachigen Schulen am 1. April, an französischsprachigen Schulen am 1. August. Die Bestimmungen von Artikel 100<sup>bis</sup> bleiben vorbehalten.

<sup>3</sup> Seelisch-geistig oder körperlich ungenügend entwickelte Kinder können von der Schulkommission

a auf begründeten Antrag der Eltern oder von Amtes wegen um ein Jahr zurückgestellt werden;

b statt dessen nach Anhören der Eltern einer besonderen Klasse nach Artikel 69 zugewiesen werden.

Vor einer solchen Verfügung sind neben den Eltern der Erziehungsberater, der jugendpsychiatrische Dienst oder der Schularzt anzuhören.

<sup>4</sup> Zeigt sich erst nach dem Schuleintritt, dass ein Kind dem Unterricht nicht zu folgen vermag, weil es seelisch-geistig oder körperlich nicht genügend entwickelt ist, kann die Schulkommission nach Anhören der Eltern, der Lehrerschaft sowie einer der drei genannten Fachinstanzen ein solches Kind bis spätestens sechs Monate nach Schuljahresbeginn um ein Jahr zurückstellen oder es auf Bericht und Antrag einer der drei Fachinstanzen einer besonderen Klasse nach Artikel 69 zuweisen.

Gesetz betreffend die Änderung des Gesetzes über die Primarschulen ... vom 18. Febr. 1987

Schulpflicht, Rückstellung, Zuweisung

**Art. 54** <sup>1</sup> Jedes Kind, das vor dem 1. Mal das sechste Altersjahr zurückgelegt hat, wird auf Beginn des nächsten Schuljahres schulpflichtig. Bei Vorliegen besonderer Verhältnisse kann die Schulkommission, gestützt auf das Gesuch der Eltern und auf Bericht und Antrag einer Erziehungsberatungsstelle, einen früheren Eintritt gestatten.

<sup>2</sup> Das Schuljahr beginnt administrativ am 1. August.

<sup>3</sup> Seelisch-geistig oder körperlich ungenügend entwickelte Kinder können von der Schulkommission

a auf Gesuch der Eltern oder von Amtes wegen um ein Jahr zurückgestellt werden b oder nach Anhören der Eltern einer besonderen Klasse nach Artikel 69 zugewiesen werden.

Vor einer solchen Verfügung sind neben Eltern der Erziehungsberater, der jugendpsychiatrische Dienst oder der Schularzt anzuhören. Den geographischen Verhältnissen ist angemessene Rechnung zu tragen.

<sup>4</sup> Unverändert.

Sonderregelung, Schulkoordination  
Art. 100a Aufgehoben.

Sonderregelung, Schulkoordination  
Art. 100a Aufgehoben.

19.  
Februar  
1987

**Dekret  
zur Einführung des Schuljahresbeginns  
im Spätsommer**

---

*Der Grosse Rat des Kantons Bern,*

gestützt auf Abschnitt V Ziffer 1 des Gesetzes vom 18. Februar 1987 betreffend die Änderung des Gesetzes über die Primarschule, des Gesetzes über die Mittelschulen, des Gesetzes über die Berufsbildung und des Gesetzes über die Ingenieurschulen, Technikerschulen und höhere Fachschulen,

auf Antrag des Regierungsrates,

*beschliesst:*

Schuleintritt

**Art. 6** <sup>1</sup>Vom 1. April 1988 bis zum 1. August 1992 regeln die zuständigen Primarschulkommissionen der einzelnen Gemeinden nach Anhören der mitbetroffenen Kindergarten- und Sekundarschulkommissionen den Eintritt in die deutschsprachigen Primarschulen unter Berücksichtigung der Geburtenzahlen und der besonderen Verhältnisse.

<sup>2</sup> Für die Rückstellungen nach dem Schuleintritt gelten die Bestimmungen von Artikel 54 des Primarschulgesetzes, wobei der endgültige Entscheid spätestens sechs Monate nach Schuljahresbeginn getroffen werden muss.

<sup>3</sup> Der Eintritt in den Kindergarten während der Übergangsperiode ist mit der Primarschule koordiniert festzulegen.

2.  
Dezember  
1951

**Gesetz  
über die Primarschule**

*Der Grosse Rat des Kantons Bern,  
gestützt auf Artikel 87 der Staatsverfassung<sup>1)</sup>,  
auf Antrag des Regierungsrates,  
beschliesst:*

**I. Allgemeine Bestimmungen**

**Art. 1** <sup>1</sup>Die Schule unterstützt die Familie in der Erziehung der Kinder.

<sup>2</sup> Sie hat Charakter, Verstand und Gemüt der ihr anvertrauten Jugend bilden zu helfen, ihr Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln und ihre körperliche Entwicklung zu fördern.

<sup>3</sup> Die Erziehung in der Schule soll dazu beitragen, die Ehrfurcht vor Gott und in christlichem Sinne den Willen zu gewissenhaftem Handeln gegenüber den Mitmenschen zu wecken.

**Art. 2** Die öffentliche Schule ist konfessionell neutral. Sie darf die durch die Bundesverfassung<sup>2)</sup> und die Staatsverfassung<sup>1)</sup> gewährleistete Glaubens- und Geissensfreiheit sowie die im Zivilgesetzbuch<sup>3)</sup> geordneten Erziehungsrechte der Eltern nicht beeinträchtigen (BV Art. 27 und 49, StV Art. 83 und 87, ZGB Art. 277<sup>4)</sup>).

**Art. 3** Die Einwohnergemeinden sorgen dafür, dass jedes Kind eine öffentliche Primarschule besuchen kann und dass auch körperlich oder geistig gebrechliche Kinder eine angemessene Ausbildung erhalten.

**Art. 4** <sup>1</sup>Der Unterricht in den öffentlichen Primarschulen ist unentgeltlich.

<sup>2</sup> Artikel 71 Absatz 1 Buchstabe *d* wird vorbehalten.<sup>5)</sup>

<sup>1)</sup> BSG 101.1

<sup>2)</sup> SR 101

<sup>3)</sup> SR 210

<sup>4)</sup> Jetzt Art. 303

<sup>5)</sup> Eingefügt am 27.9.1964

Aufgabe  
der Schule

Freiheits- und  
Elternrechte

Aufgabe der  
Gemeinden

Unentgeltlichkeit

2. Die Kürzung der Besoldung um einen Betrag, der das Maximum der gesetzlichen Alterszulagen nicht übersteigt, auf die Dauer von drei bis sechs Monaten. Diese Massnahme wird vom Regierungsrat getroffen und kann mit der Androhung des Abberufungsbehrens verbunden werden.

Die Kürzung der Besoldung kommt zur Anwendung bei dauernder grober Pflichtvernachlässigung, bei wiederholter Übertretung gesetzlicher Vorschriften oder bei beharrlicher Nichtbefolgung behördlicher Weisungen.

3. Die Abberufung nach den Vorschriften des Gesetzes über die Abberufung der Beamten<sup>1)</sup>.

<sup>2</sup> Diese Massnahmen dürfen erst zur Anwendung gelangen, nachdem der betroffene Lehrer Gelegenheit hatte, zu den erhobenen Vorwürfen Stellung zu nehmen.

**Art. 52** Wenn das Wohl der Schule es dringend verlangt, stellt die Erziehungsdirektion einen Lehrer, gegen den ein Verfahren hängig ist, welches zum Antrag auf Abberufung oder zur Amtsentsetzung führen kann, nach Anhören der Schulkommission und des Lehrers und gestützt auf den Bericht des Schulinspektors provisorisch im Amte ein.

**Art. 53** <sup>1</sup>In allen Fällen, in welchen ein Verfahren die Abberufung oder die Amtsentsetzung zur Folge haben könnte, werden die Akten sofort mit dem Gutachten des Schulinspektors der Erziehungsdirektion überwiesen.

<sup>2</sup> In den andern Fällen sind die Beschwerden durch die Schulkommission, beziehungsweise den Schulinspektor zu erledigen.

<sup>3</sup> Beschwerden des Lehrers gegen die Schulkommission werden durch den Schulinspektor erledigt.

<sup>4</sup> Den Beteiligten steht der Rekurs an die Erziehungsdirektion zu.

<sup>5</sup> In letzter Instanz entscheidet der Regierungsrat.

**IV. Der Schüler**

**1. Die Schulzeit**

**Art. 54** <sup>1</sup>Jedes Kind, das vor dem 1. Mai das sechste Altersjahr zurückgelegt hat, wird auf Beginn des nächsten Schuljahres schul-

<sup>1)</sup> Aufgehoben durch G vom 7.2.1954 über das Dienstverhältnis der Behördemitglieder und des Personals der bernischen Staatsverwaltung; BSG 153.01

<sup>2)</sup> Randtitel Fassung vom 8.6.1980

Einstellung

Erledigung von  
Beschwerden

Schulpflicht,  
Rückstellung,  
Zuweisung<sup>2)</sup>

pflichtig. Bei Vorliegen besonderer Verhältnisse kann die Schulkommission gestützt auf das Gesuch der Eltern und auf Bericht und Antrag einer Erziehungsberatungsstelle einen früheren Eintritt gestatten.<sup>1)</sup>

<sup>2</sup> Das Schuljahr beginnt administrativ am 1. August.<sup>1)</sup>

<sup>3</sup> Seelisch-geistig oder körperlich ungenügend entwickelte Kinder können von der Schulkommission

*a* auf Gesuch der Eltern oder von Amtes wegen um ein Jahr zurückgestellt werden

*b* oder nach Anhören der Eltern einer besonderen Klasse nach Artikel 69 zugewiesen werden.

Vor einer solchen Verfügung sind neben Eltern der Erziehungsberater, der jugendpsychiatrische Dienst oder der Schularzt anzuhören. Den geographischen Verhältnissen ist angemessen Rechnung zu tragen.<sup>2)</sup>

<sup>4</sup> Zeigt sich erst nach dem Schuleintritt, dass ein Kind dem Unterricht nicht zu folgen vermag, weil es seelisch-geistig oder körperlich nicht genügend entwickelt ist, kann die Schulkommission nach Anhören der Eltern, der Lehrerschaft sowie einer der genannten Fachinstanzen ein solches Kind bis spätestens sechs Monate nach Schuljahresbeginn um ein Jahr zurückstellen oder es auf Bericht und Antrag einer der drei Fachinstanzen einer besonderen Klasse nach Artikel 69 zuweisen.

**Art. 55<sup>3)</sup>** <sup>1</sup> Die Schulzeit dauert neun Jahre.

<sup>2</sup> Liegen zwingende Gründe vor, so kann die Erziehungsdirektion auf Gesuch der Eltern und Antrag der Schulkommission Schüler vom Abschluss des achten Schuljahres hinweg aus der Schulpflicht entlassen.

<sup>3</sup> Bildungswillige Schüler können auf Gesuch der Eltern nach Erfüllung der obligatorischen Schulzeit unentgeltlich ein weiteres Jahr die bisherige Schule besuchen.

<sup>4</sup> Schüler, welche dem Unterricht nicht zu folgen vermögen oder durch ihr Betragen besondere Schwierigkeiten bereiten, können auf Antrag des Lehrers durch die Schulkommission vom Besuch des zusätzlichen Schuljahres ausgeschlossen werden.

<sup>1)</sup> Fassung vom 18. 2. 1987

<sup>2)</sup> Absatz 3 Fassung vom 18. 2. 1987

<sup>3)</sup> Fassung vom 27. 9. 1964

Loi sur l'école primaire du 2 déc. 1951 et modification de cette loi du 18.2.87

**Art. 54** <sup>1</sup> Tout enfant âgé de six ans révolus avant le 1<sup>er</sup> janvier dans les régions des écoles de langue allemande et avant le 1<sup>er</sup> août dans celles des écoles de langue française, est tenu de suivre l'enseignement dès le début de la nouvelle année scolaire. Lorsque les circonstances le justifient, la commission d'école peut autoriser des admissions avant l'âge légal en se fondant sur un rapport ou une proposition d'un office d'orientation en matière d'éducation.

<sup>2</sup> L'année scolaire commence en règle générale le 1<sup>er</sup> avril dans les écoles de langue allemande, le 1<sup>er</sup> août dans les écoles de langue française. Demeurent réservées les dispositions de l'article 100<sup>bis</sup>.

<sup>3</sup> La commission d'école peut prendre les mesures suivantes concernant l'admission d'enfants insuffisamment développés du point de vue psychique, intellectuel ou physique:

*a* sur proposition motivée des parents, ou d'office, elle peut différer d'une année leur entrée en classe,

*b* ou bien elle peut, après avoir entendu les parents, les faire admettre dans une classe spéciale.

Elle ne peut prendre cette décision qu'après avoir entendu en plus des parents, le conseiller en matière d'éducation, le responsable du service pédo-psychiatrique ou le médecin scolaire.

<sup>4</sup> S'il apparaît, après son admission, qu'un enfant ne peut suivre l'enseignement parce qu'il est insuffisamment développé du point de vue psychique, intellectuel ou physique, la commission d'école peut, dans les six mois au plus tard à compter du début de l'année scolaire, et après avoir entendu les parents, le corps enseignant, et un des organes spécialisés mentionnés ci-dessus, différer d'une année son entrée en classe ou le faire admettre dans une classe spéciale, selon l'article 69, et ce en se fondant sur le rapport et la proposition d'un des organes spécialisés mentionnés ci-dessus.

Modification de la loi sur l'école primaire du 18. févr. 1987

v. texte allemand

v. texte allemand

19  
février  
1987

**Décret**  
**portant introduction du début de l'année scolaire**  
**à la fin de l'été**

---

*Le Grand Conseil du canton de Berne,*

vu la section V, chiffre 1, de la loi du 18 février 1987 portant modification des lois sur l'école primaire, sur les écoles moyennes, sur la formation professionnelle, sur les écoles d'ingénieurs, les écoles techniques et les écoles supérieures,

sur proposition du Conseil-exécutif,

*décète:*

Entrée  
à l'école

**Art. 6** <sup>1</sup> Les commissions compétentes des écoles primaires des différentes communes règlent les entrées dans les écoles primaires de langue allemande du 1<sup>er</sup> avril 1988 au 1<sup>er</sup> août 1992, une fois les commissions concernées des jardins d'enfants et des écoles secondaires entendues, en tenant compte du nombre des naissances et des situations particulières.

<sup>2</sup> En ce qui concerne les ajournements après l'entrée à l'école, les dispositions de l'article 54 de la loi sur l'école primaire sont applicables en ce sens que la décision finale doit être prise six mois au plus tard à compter du début de l'année scolaire.

<sup>3</sup> L'entrée au jardin d'enfants durant la période transitoire doit être fixée de façon coordonnée avec l'école primaire.

2  
décembre  
1951

**Loi  
sur l'école primaire**

*Le Grand Conseil du canton de Berne,*  
vu l'article 87 de la Constitution cantonale<sup>1)</sup>,  
sur proposition du Conseil-exécutif,  
*arrête:*

**I. Dispositions générales**

But de l'école **Article premier** L'école a pour mission de seconder la famille dans l'éducation des enfants.

<sup>2</sup> Elle aide à cultiver le caractère, l'intelligence et les qualités de cœur de la jeunesse qui lui est confiée; elle lui fait acquérir des connaissances, éveille ses aptitudes et favorise son développement physique.

<sup>3</sup> L'éducation donnée à l'école doit contribuer à éveiller chez l'enfant le respect de Dieu et à former dans un sens chrétien sa volonté de se comporter consciencieusement à l'égard de son prochain.

Liberté  
religieuse  
et droits  
des parents

**Art. 2** L'école publique est neutre au point de vue confessionnel. L'enseignement qu'on y donne ne doit porter atteinte ni à la liberté de croyance et de conscience garanties par les Constitutions fédérale<sup>2)</sup> et cantonale<sup>3)</sup>, ni aux droits des parents garantis par le Code civil<sup>3)</sup> (art. 27 et 49 de la Constitution fédérale, 83 et 87 de la Constitution cantonale, 277<sup>4)</sup> du Code civil).

Obligations  
des communes

**Art. 3** Les communes municipales pourvoient à ce que chaque enfant puisse suivre l'enseignement d'une école primaire publique et que les enfants atteints d'infirmités physiques ou mentales reçoivent une formation appropriée.

Gratuite de  
l'enseignement

**Art. 4** L'enseignement donné dans les écoles primaires publiques est gratuit.

<sup>2</sup> Est réservé l'article 71, 1<sup>er</sup> alinéa, lettre d.<sup>5)</sup>

<sup>1)</sup> RSB 101.1

<sup>2)</sup> RS 101

<sup>3)</sup> RS 210

<sup>4)</sup> Actuellement art. 303

<sup>5)</sup> Introduit le 27.9.1964

<sup>2</sup> Ces sanctions ne peuvent être ordonnées que si l'intéressé a eu l'occasion de se prononcer sur les griefs dont il est l'objet.

Suspension

**Art. 52** Lorsqu'un instituteur est l'objet d'une procédure pouvant aboutir à une demande de révocation ou à la destitution, la Direction de l'instruction publique prononce la suspension de l'intéressé, si le bien de l'école l'exige impérieusement; elle prend cette mesure sur rapport de l'inspecteur, après avoir entendu la commission d'école et l'instituteur.

Liquidation  
des plaintes

**Art. 53** <sup>1</sup> Lorsqu'une procédure ouverte contre un instituteur pourrait entraîner sa révocation ou sa destitution, le dossier, accompagné du rapport de l'inspecteur scolaire, doit être transmis immédiatement à la Direction de l'instruction publique.

<sup>2</sup> Dans les autres cas, la plainte est liquidée par la commission d'école ou l'inspecteur scolaire.

<sup>3</sup> Les plaintes de l'instituteur contre la commission d'école sont vidées par l'inspecteur.

<sup>4</sup> Les intéressés peuvent recourir à la Direction de l'instruction publique.

<sup>5</sup> Le Conseil-exécutif tranche en dernière instance.

**IV. De l'élève**

**1. De la scolarité**

Scolarité  
obligatoire,  
ajournement,  
renvoi<sup>1)</sup>

**Art. 54** <sup>1</sup> Tout enfant âgé de six ans révolus avant le 1<sup>er</sup> mai est tenu de suivre l'enseignement dès le début de la nouvelle année scolaire. Lorsque les circonstances le justifient, la commission d'école peut autoriser des admissions avant l'âge légal en se fondant sur la demande des parents ainsi qu'un rapport et une proposition d'un office d'orientation en matière d'éducation.<sup>1)</sup>

<sup>2</sup> L'année scolaire commence administrativement le 1<sup>er</sup> août.<sup>1)</sup>

<sup>3</sup> La commission d'école peut prendre les mesures suivantes concernant l'admission d'enfants insuffisamment développés du point de vue psychique, intellectuel ou physique:

*a* sur demande des parents, ou d'office, elle peut différer d'une année leur entrée en classe;

*b* ou bien elle peut, après avoir entendu les parents, les faire admettre dans une classe spéciale au sens de l'article 69.

<sup>1)</sup> Teneur du 18.2.1987

Elle ne peut prendre cette décision qu'après avoir entendu en plus des parents, le conseiller en matière d'éducation, le responsable du service pédo-psychiatrique ou le médecin scolaire. Il faudra tenir compte de manière appropriée des conditions géographiques. <sup>1)</sup>

<sup>4</sup> S'il apparaît, après son admission, qu'un enfant ne peut suivre l'enseignement parce qu'il est insuffisamment développé du point de vue psychique, intellectuel ou physique, la commission d'école peut, dans les six mois au plus tard à compter du début de l'année scolaire, et après avoir entendu les parents, le corps enseignant, et un des organes spécialisés mentionnés ci-dessus, différer d'une année son entrée en classe ou le faire admettre dans une classe spéciale, selon l'article 69, et ce en se fondant sur le rapport et la proposition d'un des organes spécialisés mentionnés ci-dessus. <sup>2)</sup>

Scolarité

**Art. 55<sup>3)</sup>** <sup>1</sup> La scolarité est de neuf ans.

Libération anticipée

<sup>2</sup> Si des raisons impérieuses l'exigent, la Direction de l'instruction publique peut, à la demande des parents et sur la proposition de la commission d'école, libérer un élève qui a accompli la huitième année scolaire.

Année scolaire supplémentaire

<sup>3</sup> A la demande des parents, les élèves désireux de s'instruire peuvent, après avoir terminé leur scolarité obligatoire, accomplir gratuitement, à l'école fréquentée jusqu'ici, une année scolaire supplémentaire.

<sup>4</sup> A la demande de l'instituteur, la commission d'école peut refuser aux élèves qui sont inaptes à suivre cet enseignement ou dont le comportement occasionne des difficultés particulières, l'autorisation d'accomplir une année d'école supplémentaire.

Promotion

**Art. 55 a<sup>4)</sup>** <sup>1</sup> La promotion des élèves est décidée à la fin de chaque année scolaire par la commission d'école, sur la proposition du corps enseignant.

<sup>2</sup> La Direction de l'instruction publique édicte les directives nécessaires.

Dispense de la fréquentation scolaire

**Art. 55 b<sup>4)</sup>** <sup>1</sup> Un élève peut être dispensé provisoirement de fréquenter l'école pour de justes motifs.

<sup>2</sup> Les inspecteurs scolaires sont compétents pour accorder des dispenses allant jusqu'à six jours, la Direction de l'instruction publique pour les dispenses de plus longue durée.

<sup>1)</sup> Teneur du 18.2.1987

<sup>2)</sup> Teneur du 8.6.1980

<sup>3)</sup> Teneur du 27.9.1964

<sup>4)</sup> Introduit le 27.9.1964

Loi du 2 juil. 1971 concernant l'application du Concordat sur la coordination scolaire du 29 oct. 1970

**Art. 2.** L'âge d'entrée à l'école obligatoire est fixé à 6 ans révolus au 31 juillet.

Le Conseil d'Etat est autorisé à prendre des mesures d'assouplissement dans le cadre des dispositions du Concordat.

Arrêté d'exécution du 22 janv. 1980 de la loi du 27 nov. 1979 complétant la loi du 2 juil. 1971 conc. l'application du concordat du 29 oct. 1970 sur la coordination scolaire

Selon l'article 2 de la loi du 2 juillet 1971 concernant l'application du concordat du 29 octobre 1970, l'âge d'entrée à l'école obligatoire est fixé à 6 ans révolus au 31 juillet. Ce même article autorise le Conseil d'Etat à prendre des mesures dérogatoires.

Etant donné que la loi du 27 novembre 1979 précitée fixe que, pour les cercles scolaires de Kerzers et de Fräschels, l'année scolaire commence entre le 1<sup>er</sup> et le 30 avril, au lieu qu'elle débute entre la mi-août et la mi-septembre, il y a lieu d'adapter en conséquence l'âge d'entrée à l'école des enfants de ces deux cercles scolaires.

Toutefois comme un certain nombre d'enfants touchés par cette mesure fréquentent déjà l'école enfantine, il convient de tenir compte aussi de cette réalité pour décider de leur admission à l'école en 1980.

Sur la proposition de la Direction de l'instruction publique et des cultes,

Etant donné que la loi du 27 novembre 1979 précitée fixe que, pour les cercles scolaires de Kerzers et de Fräschels, l'année scolaire commence entre le 1<sup>er</sup> et le 30 avril, au lieu qu'elle débute entre la mi-août et la mi-septembre, il y a lieu d'adapter en conséquence l'âge d'entrée à l'école des enfants de ces deux cercles scolaires.

Toutefois comme un certain nombre d'enfants touchés par cette mesure fréquentent déjà l'école enfantine, il convient de tenir compte aussi de cette réalité pour décider de leur admission à l'école en 1980.

Sur la proposition de la Direction de l'instruction publique et des cultes,

**Arrête :**

**Article premier.** L'âge d'entrée à l'école obligatoire est maintenu à 6 ans. Pour les cercles scolaires de Kerzers et de Fräschels, l'enfant doit avoir cet âge révolu au 31 mars.

**Art. 2.** L'inspecteur scolaire décide, de cas en cas, quels sont les enfants, nés entre le 31 mars et le 31 juillet, qui seront admis en classe en 1980.

**Art. 3.** Le présent arrêté d'exécution entre en vigueur le 1<sup>er</sup> avril 1980, sous réserve que la loi du 27 novembre 1979 complétant la loi du 2 juillet 1971 concernant l'application du concordat du 29 octobre 1970 sur la coordination scolaire entre elle-même en vigueur, le 1<sup>er</sup> avril 1980.

**Art. 4** Cet arrêté d'exécution est publié dans la Feuille officielle, inséré dans le Bulletin des lois et imprimé en livrets.

Loi du 23 mai 1985 sur l'école enfantine, l'école primaire et l'école du cycle d'orientation (loi scolaire)

Scolarité  
obligatoire  
b) Début

**Art. 5.** <sup>1</sup> La scolarité obligatoire commence à l'âge de six ans révolus à une date fixée par le Conseil d'Etat.

<sup>2</sup> Des dérogations peuvent être octroyées lorsque des circonstances spéciales le justifient.

<sup>3</sup> Le Conseil d'Etat édicte les dispositions d'exécution nécessaires.

Le Conseil d'Etat édicte la

Texte zum Schulkonkordat

vgl. FR fr.

Gesetz vom 23. Mai 1985 über den Kindergarten, die Primarschule und die Orientierungsschule (Schulgesetz)

Schulpflicht  
b) Beginn

**Art. 5.** <sup>1</sup> Die Schulpflicht beginnt, wenn das Kind an einem vom Staatsrat festgesetzten Stichtag das sechste Altersjahr vollendet hat.

<sup>2</sup> Ausnahmen können bewilligt werden, wenn besondere Umstände dies rechtfertigen.

<sup>3</sup> Der Staatsrat erlässt die notwendigen Ausführungsbestimmungen.

Loi sur l'instruction publique du 6 nov. 1940 (Nouvelle teneur dès le 15 août 1987)

**Art. 11 (2)**

*Durée de  
l'obligation*

<sup>1</sup> La scolarité obligatoire comprend neuf années scolaires complètes. Les enfants âgés de 6 ans révolus y sont astreints dès le début de l'année scolaire ; ils achèvent leur scolarité obligatoire à la fin de l'année scolaire au cours de laquelle ils ont atteint l'âge de 15 ans révolus. Le règlement détermine les conditions d'octroi des dispenses d'âge pour l'admission à l'école.

Règlement de l'enseignement primaire du 12 juin 1974 (Nouvelle teneur dès le 18 fév. 1982)

Art. 67

*Scolarité  
obligatoire*

<sup>1</sup> La scolarité obligatoire comprend 9 années scolaires complètes. Les enfants qui ont atteint l'âge de 6 ans révolus avant le 1<sup>er</sup> juillet y sont astreints dès le début de l'année scolaire.

Art. 68

*Scolarité  
facultative*

Les enfants qui atteignent l'âge de 4 ans révolus avant le 1<sup>er</sup> juillet peuvent être admis dans la première classe facultative de la division enfantine, ceux qui atteignent 5 ans révolus avant cette même date dans la deuxième classe.

Art. 69

*Inscription  
des élèves*

<sup>1</sup> Les enfants en âge de scolarité obligatoire doivent fréquenter l'école dès le début de l'année scolaire, ou y être inscrits dans les 3 jours qui suivent leur arrivée à Genève.

<sup>2</sup> Les enfants non soumis à la scolarité obligatoire doivent être inscrits aux dates fixées à cet effet, en principe un mois avant la fin de l'année scolaire précédente.

<sup>3</sup> Seuls les maîtres principaux sont habilités à prendre les inscriptions.

Art. 70

*Dispenses  
d'âge  
simples*

<sup>1</sup> Au moment de l'inscription à l'école et sauf demande contraire des parents, une dispense d'âge simple est accordée spontanément aux enfants nés en juillet, août, septembre et octobre pour leur permettre de fréquenter le même degré que leurs camarades nés avant le 1<sup>er</sup> juillet.

*d'un an  
ou plus*

<sup>2</sup> Des dispenses d'âge d'un an ou plus peuvent être accordées à des enfants en âge de scolarité obligatoire. Les modalités d'octroi de ces dispenses sont fixées par le règlement relatif aux dispenses d'âge, du 12 juin 1974 (C 1 5,5).

règlement relatif aux dispenses d'âge

Règlement relatif aux dispenses d'âge du 12 juin 1974 (Nouvelle teneur dès le 1 juillet 1974)

**Article 1**

L'âge d'entrée à l'école obligatoire est fixé à 6 ans révolus au 30 juin. Par voie de conséquence, les enfants qui atteignent :

- a) l'âge de 6 ans révolus au 30 juin sont astreints à la scolarité obligatoire et doivent entrer en 1<sup>re</sup> année primaire dès le début de l'année scolaire ;
- b) l'âge de 5 ans révolus au 30 juin peuvent être admis dans la 2<sup>e</sup> classe facultative de la division enfantine;
- c) l'âge de 4 ans révolus au 30 juin peuvent être admis dans la 1<sup>re</sup> classe facultative de la division enfantine.

*Principe*

**Art. 2**

En dérogation au principe énoncé à l'article 1, les dispenses d'âge prévues aux articles 3 et 4 peuvent être accordées aux élèves de l'enseignement public.

*Dispenses d'âge*

**Art. 3**

Au moment de l'inscription à l'école, et sauf demande contraire des parents, une dispense d'âge simple est accordée spontanément aux enfants nés en juillet, août, septembre et octobre pour leur permettre de fréquenter le même degré que leurs camarades nés avant le 1<sup>er</sup> juillet.

*Dispenses simples*

**Art. 4**

Des dispenses d'âge d'une année ou plus peuvent être accordées à des enfants en âge de scolarité obligatoire qui, du point de vue scolaire, psychologique et médical, sont jugés aptes à fréquenter sans difficulté une classe destinée normalement à des enfants plus âgés.

*Dispenses d'une année ou plus*

Le présent règlement est applicable à partir du 1<sup>er</sup> juillet 1974.

Date:	12-6-1974	<b>C</b>
Nouvelle teneur dès le: 14-6-1988		<b>1</b>
		<b>5,5</b>

République et canton de Genève

# RÈGLEMENT

relatif aux dispenses d'âge

Du 12 juin 1974

(Entrée en vigueur: 1<sup>er</sup> juillet 1974)

LE CONSEIL D'ÉTAT

Arrête:

## Article 1

L'âge d'entrée à l'école obligatoire est fixé à 6 ans révolus au 30 juin. Par voie de conséquence, les enfants qui atteignent :

- l'âge de 6 ans révolus au 30 juin sont astreints à la scolarité obligatoire et doivent entrer en 1<sup>re</sup> année primaire dès le début de l'année scolaire ;
- l'âge de 5 ans révolus au 30 juin peuvent être admis dans la 2<sup>e</sup> classe facultative de la division enfantine ;
- l'âge de 4 ans révolus au 30 juin peuvent être admis dans la 1<sup>re</sup> classe facultative de la division enfantine.

*Principe*

## Art. 2

En dérogation au principe énoncé à l'article 1, les dispenses d'âge prévues aux articles 3 et 4 peuvent être accordées aux élèves de l'enseignement public.

*Dispenses d'âge*

## Art. 3

Au moment de l'inscription à l'école, et sauf demande contraire des parents, une dispense d'âge simple est accordée spontanément aux enfants nés en juillet, août, septembre et octobre pour leur permettre de fréquenter le même degré que leurs camarades nés avant le 1<sup>er</sup> juillet.

*Dispenses simples*

## Art. 4<sup>(1)</sup>

*Dispense d'une année ou plus*

<sup>1</sup> Les dispenses d'âge d'une année peuvent être accordées à des enfants en âge de fréquenter la 2<sup>e</sup> enfantine qui, du point de vue psychopédagogique et médical, sont jugés aptes à suivre sans difficulté une classe de 1<sup>re</sup> primaire.

<sup>2</sup> Des dispenses d'âge d'une année ou plus peuvent être accordées à des enfants en âge de scolarité obligatoire qui, du point de vue scolaire, psychologique et médical, sont jugés aptes à fréquenter sans difficulté une classe destinée normalement à des enfants plus âgés.

## Art. 5

*Procédure*

Une demande écrite et motivée doit être présentée par les parents ou répondants au département de l'instruction publique.

## Art. 6

*Octroi*

<sup>1</sup> La dispense est accordée par le département lorsque :

- les parents ont fourni un certificat établi par un médecin ou par le service de santé de la jeunesse attestant que l'enfant est apte à supporter, sans inconvénients pour sa santé, l'effort qui lui est demandé ;
- l'enfant a réussi un examen psychopédagogique portant sur ses aptitudes intellectuelles et sur les connaissances scolaires exigées pour la promotion.

<sup>2</sup> Un enfant ne peut pas être admis dans le degré auquel la dispense lui donnerait accès avant l'obtention de celle-ci.

## Art. 7<sup>(1)</sup>

*Refus*

<sup>1</sup> Le refus d'une dispense peut faire l'objet d'une réclamation écrite au chef du département, dans un délai de 30 jours.

<sup>2</sup> Cette réclamation n'est recevable que s'il y a violation d'une prescription légale ou réglementaire.

## Art. 8

*Perte de la dispense*

L'enfant au bénéfice d'une dispense d'âge d'une année ou plus est rétrogradé dans le degré précédent s'il n'obtient pas l'appréciation « assez bien » pour les disciplines principales.

<sup>(1)</sup> Nouvelle teneur selon règlement du 6 juin 1988, dès le 14 juin 1988.

AUSZUG  
aus dem  
PROTOKOLL DES REGIERUNGSRATES  
des  
KANTONS GLARUS

22. Dez. 1986

§ 829

Schulwesen. Beschluss über den Beginn der  
Schulpflicht und des Schuljahres.

---

Der Landrat hat in seiner Sitzung vom 17. Dezember 1986, gestützt auf den Antrag des Regierungsrates vom 11. August, folgenden Beschluss erlassen:

Beschluss über den Beginn der Schulpflicht  
und des Schuljahres

---

Der Landrat,  
gestützt auf Artikel 148 des Gesetzes vom 1. Mai 1983 über das  
Schulwesen,  
b e s c h l i e s s t :

1. Jedes im Kanton Glarus wohnhafte Kind, welches am 30. April das 6. Altersjahr zurückgelegt hat, wird Mitte August schulpflichtig.
2. Das Schuljahr beginnt Mitte August. Der genaue Zeitpunkt wird durch die Erziehungsdirektion festgesetzt.
3. Dieser Beschluss tritt sofort in Kraft. Das erste Sommerschuljahr beginnt im August 1989.

In die Gesetzessammlung

Auszug an: Erziehungsdirektion; Schulinspektorat.

IV B/1/3

**Gesetz über das Schulwesen**

(Schulgesetz)

(Erlassen von der Landsgemeinde am 1. Mai 1983)

**I. Allgemeine Bestimmungen**

**Art. 1**

Zweck Die Schule fördert zusammen mit dem Elternhaus die geistig-seelische und körperliche Entwicklung und Ausbildung der Schüler. Sie ist bestrebt, diese in christlichem Geiste zu selbständig denkenden, lebensstüchtigen Menschen und zu verantwortungsbewussten Gliedern des Volkes und Landes zu erziehen.

**Art. 2**

Öffentliche Schulen <sup>1</sup> Träger der öffentlichen Schulen sind, soweit der Kanton nicht eigene unterhält, die Schulgemeinden oder gemeinnützige Institutionen. Sie haben dafür zu sorgen, dass jedes Kind eine öffentliche Schule besuchen kann; hierzu sind geeignete Räumlichkeiten und die für den Unterricht notwendigen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen.

<sup>2</sup> Die Trägerschaft der Berufsschulen gemäss Bundesgesetz über die Berufsbildung bleibt vorbehalten.

**Art. 3**

Privatschulen <sup>1</sup> Die Errichtung und Führung von Privatschulen, die ebenfalls den Bestimmungen dieses Gesetzes unterstehen, setzt eine Bewilligung des Regierungsrates voraus. Dieser kann eine erteilte Bewilligung wieder zurückziehen.

<sup>2</sup> Der Landrat kann Privatschulen im Sinne von Sonderschulen und Sonderschulheimen den Charakter öffentlicher Schulen zuerkennen.

**Art. 4**

Schultypen Es bestehen folgende öffentliche Schulen:

- A. Der Kindergarten
- B. Die Volksschule
  - 1. Primarschule
  - 2. Hilfsschule
  - 3. Sonderschule

IV B/1/3

Schulwesen - G

- 4. Oberschule
  - 5. Realschule
  - 6. Sekundarschule
- } Oberstufe

- C. Die Kantonsschule
- D. Die Berufsschulen
- E. Die hauswirtschaftliche Schule

**Art. 5**

Unentgeltlichkeit Der Besuch der öffentlichen Schulen ist unentgeltlich, soweit das Gesetz nicht etwas anderes bestimmt.

**Art. 6**

Konfessionelle Neutralität Die öffentliche Schule ist konfessionell neutral. Sie soll von den Angehörigen aller Bekenntnisse ohne Beeinträchtigung der Glaubens- und Gewissensfreiheit besucht werden können.

**Art. 7**

Beginn der Schulpflicht <sup>1</sup> Jedes im Kanton Glarus wohnhafte Kind, welches am 31. Dezember das 6. Altersjahr zurückgelegt hat, wird im Frühling des folgenden Jahres schulpflichtig.<sup>1)</sup>

<sup>2</sup> In die Primarschulen dürfen nur schulpflichtige Kinder aufgenommen werden.

<sup>3</sup> Mit dem Einverständnis der Eltern ist der Schulrat berechtigt, auf Antrag des Schularztes, eines Schulpsychologen oder des Lehrers den Beginn der Schulpflicht um ein Jahr hinauszuschieben. Der Entscheid kann vor oder nach erfolgtem Schuleintritt getroffen werden.

**Art. 8**

Einführungsklassen <sup>1</sup> Mit Bewilligung der Erziehungsdirektion können Einführungsklassen geschaffen werden.

<sup>2</sup> Der Landrat erlässt eine Verordnung über die Einführungsklassen.

**Art. 9**

Dauer der Schulpflicht <sup>1</sup> Die allgemeine Schulpflicht dauert neun Jahre. Der Besuch der Einführungsklasse, welche zwei Jahre dauert, zählt als ein

<sup>1)</sup> Hiezu hat der Landrat am 17. Dezember 1986, gestützt auf Artikel 148 des Schulgesetzes, den am Schluss des Gesetzes angeführten Beschluss gefasst.

## Beschluss über den Beginn der Schulpflicht und des Schuljahres

(Vom 17. Dezember 1986)

*Der Landrat,*

gestützt auf Artikel 148 des Gesetzes vom 1. Mai 1983 über das Schulwesen,<sup>1)</sup>

*beschliesst:*

1. Jedes im Kanton Glarus wohnhafte Kind, welches am 30. April das 6. Altersjahr zurückgelegt hat, wird Mitte August schulpflichtig.
2. Das Schuljahr beginnt Mitte August. Der genaue Zeitpunkt wird durch die Erziehungsdirektion festgesetzt.
3. Dieser Beschluss tritt sofort in Kraft.  
Das erste Sommerschuljahr beginnt im August 1989.

<sup>1)</sup> GS IV B/1/3

# Gesetz für die Volksschulen des Kantons Graubünden (Schulgesetz)

Vom Volke angenommen am 19. November 1961<sup>1</sup>

## II. Schulpflicht

<sup>4</sup>Art. 7. Jedes im Kanton wohnhafte bildungsfähige Kind, das bis zum 31. Dezember das siebte Altersjahr erfüllt haben wird, ist mit Beginn des Schuljahres zum Besuch der Primarschule verpflichtet.

Beginn

Der Schulrat kann, unter schriftlicher Mitteilung an das Erziehungsdepartement, Kinder vorzeitig zum Schulbesuch zulassen oder in der Schulpflicht zurückstellen.

Voraussetzungen und Verfahren regelt die Vollziehungsverordnung.<sup>5</sup>

## Vollziehungsverordnung zum Schulgesetz

Gestützt auf Art. 81 des Gesetzes für die Volksschulen  
des Kantons Graubünden (Schulgesetz)<sup>1</sup>  
vom Grossen Rat erlassen am 31. Mai 1961<sup>2</sup>

## II. Schulpflicht

<sup>3</sup>Art. 2. Der Schulrat kann die Bewilligung zum vorzeitigem Schuleintritt auf Gesuch hin erteilen, wenn ein ärztliches oder ein schulpsychologisches Gutachten bescheinigen, dass das Kind körperlich und geistig gut entwickelt ist und gegen seine Zulassung zur Schule keine Bedenken bestehen.

Vorzeitiger  
Schuleintritt

<sup>3</sup>Art. 3. Der Schulrat kann Kinder nach Anhören des gesetzlichen Vertreters in der Schulpflicht zurückstellen, wenn ein ärztliches oder ein schulpsychologisches Gutachten bescheinigen, dass das Kind ungenügend entwickelt ist und eine sofortige Sonderschulung nicht in Betracht fällt.

Rückstellung in  
der Schulpflicht

<sup>1</sup> BR 421.000

<sup>2</sup> B vom 26. September 1960, 125; GRP 1960, 477, 480 (erste Lesung), 1961, 169, 207 (zweite Lesung)

<sup>3</sup> Fassung Art. 2, 3 und 4 Abs. 1 sowie Aufhebung Art. 5 gemäss GRB vom 27. September 1983; B vom 13. Juni 1983, 76; GRP 1983/84, 210

## <sup>2</sup>XII. Übergangsbestimmungen zur Teilrevision des Schulgesetzes vom 26. Februar 1984

<sup>2</sup>Art. 85. Die Regierung bestimmt das Inkrafttreten<sup>3</sup> dieser Revision. Die Gemeinden sind gehalten, Art. 7 in der Weise gestaffelt in Kraft zu setzen, dass sie das Schuleintrittsalter jährlich um mindestens zwei Monate heraufsetzen, so dass das gesetzliche Eintrittsalter gemäss Art. 7 innert höchstens drei Jahren erreicht ist.

Das Erziehungsdepartement wird ermächtigt, in begründeten Fällen Abweichungen von den gemäss Art. 31 und Art. 38 festgelegten Höchstschülerzahlen zu bewilligen.

<sup>3</sup> Mit RB vom 5. März 1984 auf Beginn des Schuljahres 1984/85 in Kraft gesetzt.

## Loi sur l'écoles primaire du 9 novembre 1987

CHAPITRE IV : De l'élèveSECTION 1 : De la scolarité

- Début de la scolarité     Art. 58 (54) <sup>1</sup> La scolarité commence le 15 août.
- <sup>2</sup> Tout enfant âgé de six ans révolus avant le 1er août est tenu de suivre l'enseignement dès le 15 août. Dans des circonstances spéciales, le Département peut autoriser l'admission avant l'âge légal. Le Gouvernement peut modifier l'âge légal, notamment en vue de faciliter la coordination scolaire intercantonale.
- Ajournement     <sup>3</sup> La commission d'école peut, d'office ou sur demande motivée des parents, ajourner d'un an l'entrée en classe des enfants insuffisamment développés au point de vue physique et mental. Le médecin scolaire sera entendu dans tous les cas. En cas de doute, on consultera le Bureau de l'orientation scolaire et professionnelle.
- <sup>4</sup> La commission d'école peut aussi, jusqu'au 31 décembre au plus tard et après avoir entendu les parents, les membres du corps enseignant et le médecin scolaire, ajourner d'un an la fréquentation scolaire des enfants déjà admis à l'école.

**Loi  
sur l'école enfantine, l'école primaire  
et l'école secondaire (Loi scolaire)**

du 20 décembre 1990

Le Parlement de la République et Canton du Jura,

vu les articles 8, lettres d, e, h et j, 32 à 37 et 39 à 41 de la Constitution cantonale (1),

vu l'arrêté du 22 mars 1979 concernant l'adhésion de la République et Canton du Jura au concordat du 29 octobre 1970 sur la coordination scolaire (2),

arrête :

**TITRE PREMIER : Dispositions générales**

Champ d'appli-  
cation et objet

**Article premier** 1 La présente loi s'applique à l'école enfantine, à l'école primaire et à l'école secondaire.

2 Elle a pour objet :

- a) les buts et la mission de l'école;
- b) la structure et le fonctionnement général de l'école;
- c) les droits et obligations des élèves et de leurs parents;
- d) le statut des enseignants;
- e) l'organisation locale de l'école;
- f) l'organisation et les tâches des autorités communales et cantonales;
- g) les services auxiliaires;
- h) le financement de l'école.

3 Elle constitue la loi de référence en matière d'instruction publique.

Mission de  
l'école

**Art. 2** 1 L'école assume, solidairement avec la famille, l'éducation et l'instruction de l'enfant.

(1) RSJU 101  
(2) RSJU 410.10

3 Ils ont le droit et l'obligation d'envoyer leur enfant en âge de scolarité obligatoire dans une école publique. Demeure réservé le droit des parents de donner ou de faire donner un enseignement privé, conformément à la législation sur l'enseignement privé.

b) Durée

4 L'école enfantine peut durer deux ans.

5 La scolarité obligatoire est de neuf ans et comprend l'école primaire et l'école secondaire.

Âge d'entrée  
à l'école

**Art. 7** 1 Tout enfant âgé de quatre ans révolus peut accéder à l'école enfantine.

2 Tout enfant âgé de six ans révolus avant le 1er juillet, en principe, soumis à l'obligation scolaire.

3 Une tolérance de trois mois avant le 1er juin est laissée au libre arbitre des parents qui entendent différer le commencement de la scolarité facultative ou obligatoire de leur enfant.

4 La possibilité d'anticiper le commencement de la scolarité ou d'accorder d'autres dérogations peut être octroyée lorsque des circonstances spéciales le justifient. Le Gouvernement édicte les dispositions d'exécution nécessaires.

Gratuité

**Art. 8** 1 Durant les deux années d'école enfantine et durant la scolarité obligatoire, la fréquentation de l'école publique est gratuite.

2 Lorsque la longueur ou le caractère particulièrement dangereux du trajet le justifient, les élèves bénéficient de transports gratuits. Le Gouvernement fixe les conditions de la reconnaissance et de la gratuité des transports.

3 Les moyens d'enseignement sont fournis gratuitement aux élèves. Les communes ou les écoles peuvent percevoir auprès des parents des contributions couvrant une partie des frais de certaines activités ou manifestations.

Lieu de  
fréquentation  
de l'école  
a) En général

**Art. 9** Les élèves fréquentent l'école du cercle scolaire de leur lieu de résidence habituelle.

Erziehungsgesetz vom 28. Okt. 1953 (Ausgabe 1984)

§ 21

*Schuleintritt*

<sup>1</sup> Die Kinder, die vor dem 1. Mai das 6. Altersjahr vollenden, werden auf Beginn des nächsten Schuljahres schulpflichtig.<sup>32</sup>

<sup>2</sup> Kinder, die das 6. Altersjahr vor dem 1. September vollenden, können aufgenommen werden, sofern sie schulreif sind.<sup>32</sup>

<sup>3</sup> Nicht schulreife Kinder können höchstens zweimal ein Jahr zurückgestellt werden.<sup>33</sup>

<sup>4</sup> Über die vorzeitige Aufnahme entscheidet auf Ersuchen der Eltern der Bezirksinspektor; er holt die Stellungnahme des Schulpsychologischen Dienstes oder des Schularztes ein.<sup>33</sup>

<sup>5</sup> Über die erstmalige Zurückstellung bestimmen die Eltern. Über die nochmalige Zurückstellung entscheidet der Bezirksinspektor nach Anhören der Eltern und der Kindergärtnerin und nach Stellungnahme des Schulpsychologischen Dienstes oder des Schularztes.<sup>33</sup>

Loi portant adhésion au concordat international sur la coordination scolaire,  
du 16 déc. 1970

Age d'entrée  
à l'école  
obligatoire

**Art. 3.** — L'âge d'entrée à l'école obligatoire est fixé à  
6 ans révolus au 31 août dès l'année scolaire 1972 - 1973.

Le Conseil d'Etat est toutefois habilité à prendre des mesures  
d'assouplissement dans ce domaine en tenant compte du niveau  
de développement de l'enfant.

Loi sur l'organisation scolaire du 28 mars 1984

Scolarité - âge  
d'entrée à l'école

**Art. 21** <sup>1</sup> Les enfants âgés de six ans révolus au 31 août entrent en  
1<sup>re</sup> année primaire.

<sup>2</sup> L'entrée à l'école peut être exceptionnellement avancée ou  
retardée dans des limites fixées par le Conseil d'Etat.

Arrêté conc. l'application de mesures d'assouplissement pour l'admission des  
enfants à l'école obligatoire du 2 juin 1986

### I. Principes

But

**Article premier** <sup>1</sup> Les mesures destinées à assouplir la fixation de  
l'âge d'entrée à l'école obligatoire sont prises à titre exceptionnel en  
tenant compte du niveau de développement de l'enfant. Elles visent:

- à avancer d'un an la scolarisation d'enfants particulièrement  
évolués;
- à retarder d'un an la scolarisation d'enfants dont le niveau de  
développement est insuffisant.

<sup>2</sup> Sont réservés les cas des enfants atteints de déficiences  
physiques ou mentales.

- Bénéficiaires **Art. 2** Ces mesures s'appliquent en principe:
- a) aux enfants nés entre le 1<sup>er</sup> septembre et le 31 octobre dans le cas d'une scolarisation anticipée;
  - b) aux enfants qui ont atteint 6 ans révolus au 31 août dans le cas d'une scolarisation retardée.

## II. Scolarisation anticipée

Procédure **Art. 3** <sup>1</sup> La scolarisation anticipée fait l'objet d'une demande écrite des parents de l'enfant ou de son représentant légal.

<sup>2</sup> Cette demande est adressée à la commission scolaire ou à la direction d'école compétente au plus tard le 30 avril, en même temps qu'un certificat médical attestant que l'enfant est en bonne santé et qu'une admission anticipée ne risque pas de la compromettre.

**Art. 4** La commission scolaire ou la direction d'école compétente transmet la requête des parents, avec son préavis, au service de la jeunesse.

Décision **Art. 5** Le service de la jeunesse prend sa décision en tenant compte:

- a) d'un certificat médical;
- b) des résultats de l'examen conduit par un psychologue scolaire désigné par le département de l'Instruction publique;
- c) du préavis de la commission scolaire ou de la direction d'école compétente.

Recours **Art. 6** Les décisions du service de la jeunesse peuvent faire l'objet d'un recours au département de l'Instruction publique, puis au Tribunal administratif, conformément à la loi sur la procédure et la juridiction administratives.

**Art. 7** Une admission anticipée à l'école enfantine ne préjuge en rien de l'admission anticipée en scolarité obligatoire.

## III. Scolarisation retardée

Procédure **Art. 8** <sup>1</sup> La scolarisation retardée fait l'objet d'une demande écrite des parents de l'enfant ou de son représentant légal.

<sup>2</sup> Cette demande est adressée à la commission scolaire ou à la direction d'école compétente au plus tard le 30 avril.

<sup>3</sup> La commission scolaire ou la direction d'école compétente prend elle-même la décision en tenant compte, le cas échéant, du préavis de l'inspection de l'école enfantine.

b) à la demande de l'autorité scolaire **Art. 9** <sup>1</sup> Dans le cas où le développement de l'enfant est manifestement insuffisant, la commission scolaire ou la direction d'école compétente peut elle-même prendre l'initiative de retarder la scolarisation.

<sup>2</sup> Elle prend sa décision après avoir consulté les parents de l'enfant ou son représentant légal, le cas échéant, l'inspection de l'école enfantine.

<sup>3</sup> Si l'intérêt de l'enfant l'exige, et après avoir consulté les parents de l'enfant ou son représentant légal, la commission scolaire ou la direction d'école compétente peut également interrompre la scolarisation au cours des trois premiers mois de l'année scolaire. Le préavis du maître de classe compétent est alors requis.

Recours

**Art. 10** Les décisions de la commission scolaire ou de la direction d'école compétente prévues aux articles 8 et 9 du présent arrêté peuvent faire l'objet d'un recours au département de l'Instruction publique, puis au Tribunal administratif, conformément à la loi sur la procédure et la juridiction administratives.

**Art. 11** Le présent arrêté abroge l'arrêté du 16 février 1979<sup>1)</sup> concernant l'application de mesures d'assouplissement pour l'admission des enfants à l'école obligatoire.

**Art. 12** Le département de l'Instruction publique est chargé de l'application du présent arrêté, qui entre immédiatement en vigueur, sera publié dans la Feuille officielle et inséré au Recueil de la législation neuchâteloise.

9  
mai  
1990

**Arrêté  
concernant l'application de mesures  
d'assouplissement pour l'admission des enfants  
à l'école obligatoire**

*Le Conseil d'Etat de la République et Canton de Neuchâtel,*  
vu la loi concernant les autorités scolaires, du 18 octobre 1983<sup>1)</sup>;  
vu la loi sur l'organisation scolaire, du 28 mars 1984<sup>2)</sup>;  
sur la proposition du conseiller d'Etat, chef du département de  
l'Instruction publique,  
*arrête:*

**I. Principes**

But

**Article premier** 1 Les mesures destinées à assouplir la fixation de l'âge d'entrée à l'école obligatoire sont prises à titre exceptionnel en tenant compte du niveau de développement de l'enfant. Elles visent:

- à avancer d'un an la scolarisation d'enfants particulièrement doués;
- à retarder d'un an la scolarisation d'enfants dont le niveau de développement est insuffisant.

2 Sont réservés les cas des enfants atteints de déficiences physiques et ou mentales.

Bénéficiaires

**Art. 2** Ces mesures s'appliquent en principe:

- a) aux enfants nés entre le 1<sup>er</sup> septembre et le 31 octobre dans le cas d'une scolarisation anticipée; est réservé le cas des enfants venant d'un autre canton ou de l'étranger;
- b) aux enfants qui ont atteints 6 ans révolus au 31 août dans le cas d'une scolarisation retardée.

**II. Scolarisation anticipée**

Procédure

**Art. 3** 1 La scolarisation anticipée fait l'objet d'une demande écrite des parents de l'enfant ou de son représentant légal.

RLN XV 33

- 1) RSN 410.23
- 2) RSN 410.10

30. 6. 1990

1

2 Cette demande est adressée à la commission scolaire ou à la direction d'école compétente au plus tard le 30 avril, en même temps qu'un certificat médical attestant que l'enfant est en bonne santé et qu'une admission anticipée ne risque pas de la compromettre.

**Art. 4** La commission scolaire ou la direction d'école compétente transmet la requête des parents, avec son préavis, au service de la jeunesse.

Décision

**Art. 5** Le service de la jeunesse prend sa décision en tenant compte:

- a) d'un certificat médical;
- b) des résultats de l'examen conduit par un psychologue scolaire désigné par le département de l'Instruction publique;
- c) du préavis de la commission scolaire ou de la direction d'école compétente.

Recours

**Art. 6** Les décisions du service de la jeunesse peuvent faire l'objet d'un recours au département de l'Instruction publique, puis au Tribunal administratif conformément à la loi sur la procédure et la juridiction administratives.

**Art. 7** Une admission anticipée à l'école enfantine ne préjuge en rien de l'admission anticipée en scolarité obligatoire.

**III. Scolarisation retardée**

Procédure

a) à la demande  
des parents ou  
du représentant  
légal

**Art. 8** 1 La scolarisation retardée fait l'objet d'une demande écrite des parents de l'enfant ou de son représentant légal.

2 Cette demande est adressée à la commission scolaire ou à la direction d'école compétente entre le 1<sup>er</sup> et le 30 avril.

3 La commission scolaire ou la direction d'école compétente prend elle-même la décision en tenant compte, le cas échéant, du préavis de l'inspection de l'école enfantine.

a) à la demande  
de l'autorité  
scolaire

**Art. 9** 1 Dans le cas où le développement de l'enfant est manifestement insuffisant, la commission scolaire ou la direction d'école compétente peut elle-même prendre l'initiative de retarder la scolarisation.

2 Elle prend sa décision après avoir consulté les parents de l'enfant ou son représentant légal, le cas échéant, l'inspection de l'école enfantine.

2

1.13/10

<sup>3</sup> Si l'intérêt de l'enfant l'exige, et après avoir consulté les parents de l'enfant ou son représentant légal, la commission scolaire ou la direction d'école compétente peut également interrompre la scolarisation au cours des premiers mois de l'année scolaire. Le préavis du maître de classe compétent est alors requis.

Recours

**Art. 10** Les décisions de la commission scolaire ou de la direction d'école compétente prévues aux articles 8 et 9 du présent arrêté peuvent faire l'objet d'un recours au département de l'Instruction publique, puis au Tribunal administratif, conformément à la loi sur la procédure et la juridiction administratives.

**Art. 11** Le présent arrêté abroge l'arrêté du 2 juin 1986<sup>1)</sup> concernant l'application de mesures d'assouplissement pour l'admission des enfants à l'école obligatoire.

**Art. 12** Le département de l'Instruction publique est chargé de veiller à l'application du présent arrêté, qui entre immédiatement en vigueur, sera publié dans la Feuille officielle et inséré au Recueil de la législation neuchâteloise.

<sup>1)</sup> RLN XI 465

Gesetz über das Schulwesen vom 30. April 1972

Art. 43<sup>1</sup>

Der Eintritt in die Primarschule erfolgt in dem Jahr, in dem ein Kind bis zum 30. April das sechste Altersjahr vollendet hat.

Einschulung

Ein Kind kann vorzeitig in die Primarschule aufgenommen werden, wenn es das sechste Altersjahr bis zum 31. August vollendet und die geistige, sprachliche, soziale und körperliche Entwicklung dies angezeigt erscheinen lässt; der Schulrat entscheidet über den Antrag der Eltern gestützt auf ein Gutachten des Schulpsychologischen Dienstes.

Kindern, deren geistige, sprachliche, soziale oder körperliche Entwicklung verzögert ist, bewilligt der Schulrat im Einverständnis mit den Eltern den Besuch des Kindergartens oder der Einführungsklasse; im Zweifelsfalle ist ein Gutachten des Schulpsychologischen Dienstes einzuholen.

Art. 44<sup>1</sup>

Schulreife

Sofern Eltern ein schulpflichtiges Kind aus stichhaltigen Gründen ein Jahr zurückbehalten wollen, ist diesem Begehren zu entsprechen.

Die Schulreifeabklärung hat in streitigen Fällen durch den Schulpsychologischen Dienst zu erfolgen.

Gesetz über Schule und Bildung (Schulgesetz vom 28. Mai 1978)

Art. 9

*Schulpflicht*

<sup>1</sup> Kinder, die bis zum 31. Dezember das sechste Altersjahr vollenden, werden auf Beginn des nächsten Schuljahres schulpflichtig. Die Schulpflicht dauert acht Jahre. Die Einwohnergemeinde kann durch Beschluß der Gemeindeversammlung die Schulpflicht auf neun Jahre ausdehnen.

Art. 10

*Eintritt*

<sup>1</sup> Der Kantonsrat regelt Voraussetzungen und Verfahren für den Schuleintritt sowie die vorzeitige Aufnahme oder die Zurückstellung durch Verordnung.

<sup>2</sup> Der Schulrat kann auf Antrag des schulpsychologischen Dienstes und nach Rücksprache mit den Eltern für Kinder, die körperlich oder geistig noch nicht schulreif sind, den Beginn der Schulpflicht hinausschieben.

Verordnung über den Kindergarten und die Volksschule vom 30. Juni 1978

Art. 2

*Vorzeitige Aufnahme oder Zurückstellung*

<sup>1</sup> Kinder, die das sechste Altersjahr vor dem 1. Mai vollenden, können vorzeitig in die Volksschule aufgenommen werden, sofern sie schulreif sind.

<sup>2</sup> Körperlich oder geistig noch nicht schulreife Kinder können höchstens zweimal um ein Jahr zurückgestellt werden.

<sup>3</sup> Ueber die vorzeitige Aufnahme oder Zurückstellung entscheidet auf Antrag des schulpsychologischen Dienstes und nach Anhören der Eltern der Schulrat.

Volksschulgesetz vom 13. Jan. 1983

*1. Schulpflicht*

- Beginn**
- a) Grundsatz *Art. 45.* Ein Kind wird schulpflichtig, wenn es bis Ende des vierten Monats vor Beginn des Schuljahres das sechste Altersjahr vollendet hat.
- b) Aufschub *Art. 46.* Der Schulrat kann den Beginn der Schulpflicht um ein Jahr hinausschieben auf Antrag:
- a) der Eltern;
  - b) des Schularztes aus medizinischen Gründen;
  - c) der Kindergärtnerin, des Schulpsychologen oder des Schullehrerreferenten bei mangelnder Schulpflicht.
- Er kann den Schüler in den ersten acht Wochen des Schuljahres auf Antrag der Eltern, des Lehrers oder des Schulpsychologen um ein Jahr zurückstellen.
- c) Vorverlegung *Art. 47.* Der Schulrat kann den Beginn der Schulpflicht auf Antrag der Eltern um ein Jahr vorverlegen, wenn das Kind schulpflichtig ist.
- Er hört die Kindergärtnerin, den Schulpsychologen und den Schularzt an.

## Grossratsbeschluss über eine Übergangsordnung für das Schuleintrittsalter

*Art. 1.* Mit Beginn des Schuljahres 1977/78 werden die Kinder schulpflichtig, die vor dem 1. Februar das sechste Altersjahr erfüllt haben.

Ab 1978 werden die Kinder schulpflichtig, die vor dem 1. Januar das sechste Altersjahr erfüllt haben.

*Art. 2.* Der Grossratsbeschluss über eine Übergangsordnung für das Schuleintrittsalter vom 9. Januar 1973<sup>6</sup> wird aufgehoben.

*Art. 3.* Dieser Beschluss untersteht gemäss Art. 5 lit. b des Gesetzes über Referendum und Initiative vom 27. November 1967<sup>6</sup> dem fakultativen Gesetzesreferendum.

In der Gesetzessammlung veröffentlicht im Dezember 1986

1.111

213.11

## Nachtrag zur Volksschulverordnung

vom 4. November 1986<sup>1</sup>

Landammann und Regierungsrat des Kantons St.Gallen  
beschliessen:

### I.

Die Volksschulverordnung vom 10. April 1985<sup>2</sup> wird wie folgt geändert:

*Art. 12.* Das Schuljahr und das erste Semester beginnen am 1. August. Das zweite Semester beginnt am 1. Februar.

Schuljahres-  
und Semester-  
beginn

*Art. 27 Abs. 2.* Am Ende des ersten Semesters werden die Eltern mündlich über Leistungen und Arbeitshaltung des Kindes informiert.

*Art. 38.* Die politische Gemeinde meldet dem zuständigen Schulrat bis 10. Mai die Kinder, die sich in der Gemeinde aufhalten und bis 30. April das sechste Altersjahr vollendet haben.

Meldepflicht  
der politischen  
Gemeinde

### II.

1. Das Langschuljahr 1988/89 und sein erstes Semester beginnen am 16. April 1988. Das zweite Semester beginnt am 1. Dezember 1988 und dauert bis 31. Juli 1989.
2. Die in das Langschuljahr 1988/89 fallenden Sommerferien werden für die Schüler je um drei Wochen verlängert.

### III.

Abschnitt I dieses Nachtrags wird ab 1. August 1989 angewendet. Abschnitt II wird ab 16. April 1988 angewendet.

Der Landammann:  
Edwin Koller

Im Namen des Regierungsrates,  
Der Staatsschreiber:  
Dr. Dieter J. Niedermann

<sup>1</sup> In Vollzug ab 16. April 1988 / 1. August 1989.  
<sup>2</sup> sGS 213.11.

Schulgesetz vom 27. April 1981

Art. 17

Schulpflicht

Alle Kinder mit tatsächlichem Aufenthalt im Kanton unterstehen der Schulpflicht.

Die Schulpflicht beginnt nach dem zurückgelegten 6. Altersjahr und dauert 9 Jahre.

Schuldekret vom 27. April 1981

(§ 3 Abs. 1 und 2 aufgehoben und ersetzt durch das Dekret des Grossen Rates des Kantons Schaffhausen über die Änderung der Schulgesetzgebung zur Einführung des Spätsommerschulbeginns)

§ 3

... Die Schulbehörde kann, auf begründetes Gesuch der Eltern,  
... den Beginn der Schulpflicht um ein Jahr aufschieben. Nach Eintritt in die Schule ist, auf begründeten Antrag des Lehrers oder der Eltern, bis zum Ende des ersten Schulquartals ein Aufschub möglich.

Dekret des Grossen Rates des Kantons Schaffhausen über die Änderung der Schulgesetzgebung zur Einführung des Spätsommerschulbeginns vom 24. März 1986

II.

§ 3 Abs. 1 und 2 des Schuldekretes vom 27. April 1981<sup>2</sup> wird aufgehoben und bis 1990 jährlich schrittweise durch folgende Bestimmungen ersetzt:

1. Für die Schuljahre 1986/87 und 1987/88 gilt:

§ 3 Abs. 1 und 2

Kinder, die vor dem 1. Februar sechs Jahre alt sind, werden auf Beginn des neuen Schuljahres schulpflichtig.

Kinder, die zwischen dem 1. Februar und dem Beginn des neuen Schuljahres sechs Jahre alt werden, können auf Gesuch der Eltern vorzeitig in die Primarschule eintreten, wenn die Schulreife des Kindes durch den jugendpsychologischen Dienst und durch den Schularzt festgestellt ist.

2. Für das Schuljahr 1988/89 gilt:

§ 3 Abs. 1 und 2

Kinder, die vor dem 1. März sechs Jahre alt sind, werden auf Beginn des neuen Schuljahres schulpflichtig.

Kinder, die zwischen dem 1. März und dem Beginn des neuen Schuljahres sechs Jahre alt werden, können auf Gesuch der Eltern vorzeitig in die Primarschule eintreten, wenn die Schulreife des Kindes durch den jugendpsychologischen Dienst und durch den Schularzt festgestellt ist.

3. Für das Schuljahr 1989/90 gilt:

§ 3 Abs. 1 und 2

Kinder, die vor dem 1. April sechs Jahre alt sind, werden auf Beginn des neuen Schuljahres schulpflichtig.

Kinder, die zwischen dem 1. April und dem Beginn des neuen Schuljahres sechs Jahre alt werden, können auf Gesuch der Eltern vorzeitig in die Primarschule eintreten, wenn die Schulreife des Kindes durch den jugendpsychologischen Dienst und durch den Schularzt festgestellt ist.

4. Ab Schuljahr 1990/91 gilt:

§ 3 Abs. 1 und 2

Kinder, die vor dem 1. Mai sechs Jahre alt sind, werden auf Beginn des neuen Schuljahres schulpflichtig.

Kinder, die zwischen dem 1. Mai und dem Beginn des neuen Schuljahres sechs Jahre alt werden, können auf Gesuch der Eltern vorzeitig in die Primarschule eintreten, wenn die Schulreife des Kindes durch den jugendpsychologischen Dienst und durch den Schularzt festgestellt ist.

III.

Ziff. 1 dieses Dekretes tritt am 1. Januar 1989 in Kraft. Das schrittweise Inkraft- und Ausserkrafttreten der verschiedenen Fassungen von § 3 Abs. 1 und 2 des Schuldekretes vom 27. April 1981 gemäss Ziff. 2 dieses Dekretes erfolgt entsprechend den dort angeführten Terminen.

Dieses Dekret ist im Amtsblatt zu veröffentlichen<sup>1</sup> und in die kantonale Gesetzessammlung aufzunehmen.

## Schuldekret

vom 27. April 1981

Der Grosse Rat des Kantons Schaffhausen,  
gestützt auf Art. 96 des Schulgesetzes vom 27. April 1981,<sup>1</sup>  
beschliesst:

### I. Grundsätzliche Bestimmungen

#### § 1

Gemeinden können durch besondere Vereinbarungen den Unterricht an eine andere Schulgemeinde übertragen, wenn die Zahl der Schüler die Führung einer eigenen Schule oder einzelner Klassen nicht rechtfertigt oder erschwert und durch die Übertragung die Bildung der Schüler nicht beeinträchtigt wird.

Die Beteiligung an den Schullasten der Schulträgergemeinde erfolgt gemäss Art. 91 des Schulgesetzes.<sup>1</sup>

Die Übertragung des Unterrichts an eine andere Gemeinde bedarf der Zustimmung des Erziehungsdepartementes.<sup>2</sup>

#### § 2

Ausser dem Samstagnachmittag ist an den Primar- und Orientierungsschulen ein weiterer halber Tag, in der Regel im ganzen Kanton derselbe, schulfrei zu halten.

Der Unterricht ist möglichst ausgeglichen auf die Werktage und auf die Vor- und Nachmittage zu verteilen.

### II. Schulpflicht und Recht auf Schulbildung

#### § 3

<sup>1</sup> Kinder, die vor dem 1. Mai sechs Jahre alt sind, werden auf Beginn des neuen Schuljahres schulpflichtig.

<sup>2</sup> Kinder, die zwischen dem 1. Mai und dem Beginn des neuen Schuljahres sechs Jahre alt werden, können auf Gesuch der Eltern vorzeitig in die Primarschule eintreten, wenn die Schulreife des Kindes durch den jugendpsychologischen Dienst und durch den Schularzt festgestellt ist.

<sup>1</sup> Nr. 53.

<sup>2</sup> Fassung gemäss V vom 9. Dezember 1986, in Kraft getreten am 1. Januar 1987 (Amtsblatt 1986, S. 1043).

<sup>3</sup> Fassung gemäss D des GR vom 24. März 1986, in Kraft getreten ab Schuljahr 1990/91 (Amtsblatt 1986, S. 303).

Die Schulbehörde kann, auf begründetes Gesuch der Eltern, den Beginn der Schulpflicht um ein Jahr aufschieben. Nach Eintritt in die Schule ist, auf begründeten Antrag des Lehrers oder der Eltern, bis zum Ende des ersten Schulquartals ein Aufschub möglich.

#### § 4

Erfüllung der Schulpflicht in privaten Schulen und durch privaten Unterricht

Eltern, deren Kinder die Schulpflicht nicht durch den Besuch der öffentlichen Schulen erfüllen, sind verpflichtet, die Schulbehörde vorgängig zu unterrichten, durch welche Art von Unterricht die Erfüllung der Schulpflicht gewährleistet ist. Die Schulbehörde orientiert das Erziehungsdepartement.<sup>1</sup>

Das Erziehungsdepartement<sup>1</sup> ist befugt, Überprüfungen durch das Schulinspektorat anzuordnen.

#### § 5

Verantwortlichkeit der Eltern

Die Eltern sind dafür verantwortlich, dass die Kinder den Unterricht regelmässig besuchen. Entschuldigungsgründe für Schulversäumnisse sind:

- Krankheit des Schülers,
- Tod von Angehörigen,
- besondere Umstände, welche die Abwesenheit rechtfertigen.

#### § 6

Erfüllung der Schulpflicht ausserhalb der Wohngemeinde

Kinder können die Schule einer andern Gemeinde oder eines andern Schulkreises besuchen, wenn dadurch der Schulweg beträchtlich verkürzt oder erleichtert wird.

Die Entschädigung an die Schulgemeinde wird von der Wohngemeinde entsprechend Art. 91 des Schulgesetzes<sup>2</sup> getragen.

Die Eltern haben ein entsprechendes Gesuch an die Schulbehörde der Wohngemeinde zu richten.

### III. Die Schulen

#### A. Allgemeine Bestimmungen

#### § 7

Zusammenarbeit mit den Eltern

Die Schulbehörden und die Lehrer unterrichten die Eltern vor allem:

<sup>1</sup> Fassung gemäss V vom 9. Dezember 1986, in Kraft getreten am 1. Januar 1987 (Amtsblatt 1986, S. 1043).

<sup>2</sup> Nr. 53.

## Verordnung über die Volksschulen <sup>1</sup>

(Vom 25. Januar 1973)

Der Kantonsrat des Kantons Schwyz,  
gestützt auf § 40 Buchstabe e der Kantonsverfassung,<sup>2</sup>

beschliesst:

<sup>1</sup> GS 16-221 mit Änderungen vom 11. September 1973 (GS 16-311), vom 30. November 1983 (GS 17-461), vom 27. Juni 1985 (ABI 1985 584) und vom 29. Januar 1987 (ABI 1987 159), Inkraftsetzung siehe ABI 1987 427.  
<sup>2</sup> nGS11.

### 3. Schulbesuch

#### § 25<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Jedes im Kanton wohnhafte bildungsfähige Kind, das bis Ende Februar des Einschulungsjahres das 6. Altersjahr zurückgelegt hat, wird schulpflichtig.

<sup>2</sup> Kinder, die am 30. April des Einschulungsjahres das 6. Altersjahr zurückgelegt haben, sind zum Schulbesuch berechtigt, sofern die Schulreife nachgewiesen wird.

<sup>3</sup> Der Schulrat entscheidet nach Anhören der Eltern über die Rückstellung von der Schulpflicht um ein Jahr.

1. Schulpflicht  
a) Grundsatz.  
vorzeitiger  
Eintritt.  
Rückstellung

<sup>2</sup> Fassung vom 11. September 1973.

## Weisungen für die Schulräte der Volksschulen <sup>1</sup>

(Vom 18. Februar 1976)

Der Erziehungsrat des Kantons Schwyz,  
gestützt auf § 55 Abs. 2 der Verordnung vom 25. Januar 1973 über die Volksschulen <sup>2</sup> und § 2 des Regierungsratsbeschlusses vom 18. Februar 1974 betreffend den Vollzug der Verordnung über die Volksschulen (Volksschul-Statut),<sup>3</sup>

beschliesst:

### II. Kompetenzen für Massnahmen, die Schüler betreffen

#### § 6

Der Schulrat überwacht die Erfüllung der Schulpflicht (§§ 25 Abs. 1, 26 und 28 der Verordnung) und schafft die zum Schuleintritt und -austritt nötigen Vorkehrungen.

Schulpflicht

#### § 7

<sup>1</sup> Vor dem Entscheid über die Rückstellung der Schulpflicht (§ 25 Abs. 3 der Verordnung) hört der Schulrat die Eltern an.

<sup>2</sup> Der Schulrat kann in Zweifelsfällen den Kinder- und Jugendpsychologischen Dienst (KJPD) zur Begutachtung beiziehen.

<sup>3</sup> Der Schulrat ist verpflichtet, ein schulpflichtiges Kind, bei dem die Schulunreife nachgewiesen ist, um ein Jahr zurückzustellen, sofern sich im Einverständnis mit dem KJPD keine andere Massnahme aufdrängt.

Rückstellung

### Verordnung über die Volksschulen<sup>1</sup>

(Vom 25. Januar 1973)

Der Kantonsrat des Kantons Schwyz,  
gestützt auf § 40 Buchstabe e der Kantonsverfassung,<sup>2</sup>

beschliesst:

#### 1. Zweck und Träger der Volksschulen

##### § 1

<sup>1</sup> Die Volksschulen erstreben in Zusammenarbeit mit den Eltern und den Kirchen, gestützt auf christliche, demokratische und soziale Grundsätze, die Erziehung und Bildung der Jugend.

<sup>2</sup> Allen Jugendlichen sind ohne Rücksicht auf das Geschlecht, die Konfession, die soziale und regionale Herkunft die gleichen Bildungschancen zu gewährleisten.

##### § 2

<sup>1</sup> Träger der öffentlichen Volksschulen sind nach Massgabe dieser Verordnung die Gemeinden, die Bezirke und der Kanton.

<sup>2</sup> Wo eine Schule wegen eines geringen Schülerbestandes nicht zweckmässig geführt werden kann, ist der Schulträger mit Zustimmung des Erziehungsrates berechtigt, die Schüler in der Schule eines benachbarten Schulträgers ausbilden zu lassen. Er hat diesem ein kostendeckendes Schulgeld zu entrichten.

<sup>3</sup> Der Erziehungsrat kann den benachbarten Schulträger zur Aufnahme dieser Schüler verpflichten, soweit es diesem zugemutet werden kann.

<sup>4</sup> Mit Zustimmung des Erziehungsrates können mehrere Gemeinden oder Bezirke eine Schule durch Vertrag oder durch Bildung eines Zweckverbandes gemeinsam führen.

##### § 3

Die Errichtung neuer und die Aufhebung bestehender Volksschulen bedürfen der Genehmigung des Erziehungsrates.

##### § 4

<sup>1</sup> Der Unterricht an den Volksschulen ist unentgeltlich.

<sup>2</sup> Die Schulträger stellen die obligatorischen Lehrmittel und Verbrauchsmaterialien unentgeltlich zur Verfügung.

##### § 5

<sup>1</sup> Wo den Schülern der Schulweg wegen zu weiter Entfernung nicht zugemutet werden kann, sorgen die Schulträger auf eigene Kosten für eine angemessene Fahrgelegenheit.

<sup>2</sup> Wenn die Umstände es erfordern, sorgen die Schulträger für die Mittagsverpflegung und Betreuung der Schüler. Die Schulträger beteiligen sich an den Kosten.

<sup>1</sup> GS 16-221 mit Änderungen vom 11. September 1973 (GS 16-311), vom 30. November 1983 (GS 17-461), vom 27. Juni 1985 (ABI 1985 584) und vom 29. Januar 1987 (ABI 1987 159), Inkraftsetzung siehe ABI 1987 427.

<sup>2</sup> nGS 11.

1. Zweck der Volksschulen

2. Öffentliche Schulen  
a) Schulträger

b) Errichtung und Auflösung von Schulen

c) Unentgeltlichkeit

d) Schülertransporte, Verpflegung

##### § 21

<sup>1</sup> Die Verteilung der wöchentlichen Unterrichtsstunden erfolgt aufgrund der Lehrpläne durch die Lehrerschaft im Einvernehmen mit dem Schulrat. 10 Stunden

<sup>2</sup> Die Stundenpläne unterliegen der Genehmigung des Schulinspektors.

##### § 22

Der Erziehungsrat bestimmt, welche Lehrmittel in den Schulen zu verwenden sind. 11 Lehrm

##### § 23

<sup>1</sup> Der Erziehungsrat setzt Richtzahlen für die Schülerbestände der Klassen der einzelnen Schulstufen und Schularten fest. 12 Schül

<sup>2</sup> Für die Führung unterbesetzter Klassen ist eine Genehmigung des Erziehungsrates erforderlich.

##### § 24<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Der Erziehungsrat kann einzelnen Schulträgern wissenschaftlich begleitete Schulversuche gestatten und dazu Ausnahmen von der in dieser Verordnung vorgesehenen Schulstruktur zulassen. 13 Schül

<sup>2</sup> Der Regierungsrat kann Trägern der Oberstufenschulen die regionale Führung des freiwilligen 10. Schuljahres übertragen. An die Kosten richtet der Kanton den Schulträgern Beiträge von 50 Prozent aus. Für die finanziellen Leistungen der Schüler und die Stipendienberechtigung gelten die Vorschriften über die Mittelschulen.

#### 3. Schulbesuch

##### § 25<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Jedes im Kanton wohnhafte bildungsfähige Kind, das bis zum 30. April des Einschulungsjahres das 6. Altersjahr zurückgelegt hat, wird schulpflichtig. 1 Schulpfl

<sup>2</sup> Kinder, die am 30. Juni des Einschulungsjahres das 6. Altersjahr zurückgelegt haben, sind zum Schulbesuch berechtigt, sofern die Schulreife nachgewiesen wird. a) Grundsch

<sup>3</sup> Der Schulrat entscheidet nach Anhören der Eltern über die Rückstellung von der Schulpflicht um ein Jahr. b) vorzeitige Eintritt Rückst

##### § 26<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Die obligatorische Schulpflicht dauert acht Jahre. c) Dauer

<sup>2</sup> Der Kantonsrat bestimmt den Zeitpunkt der Einführung des 9. obligatorischen Schuljahres.

<sup>3</sup> Eine vorzeitige Entlassung aus der Volksschule ist gestattet, wenn ein Schüler in eine Mittelschule oder eine andere weiterführende Schule übertritt.

##### § 27<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Über die Zuweisung in die Hilfs-, Werk- und Sonderschule entscheidet der Schulrat nach Begutachtung durch den schulpflichtpsychologischen Dienst und nach Anhören der Eltern und des Lehrers. c) Zuweis

<sup>2</sup> Der Schulrat oder die Eltern können zusätzlich eine schulärztliche Begutachtung verlangen.

<sup>1</sup> Abs. 2 neu eingefügt und Randtitel geändert am 27. Juni 1985. In Kraft getreten am 16. August 1985 (ABI 1985 699).

<sup>2</sup> Abs. 1 und 2 in der Fassung vom 29. Januar 1987 und Abs. 3 in der Fassung vom 11. September 1973.

<sup>3</sup> Abs. 1 in der Fassung vom 29. Januar 1987.

<sup>4</sup> Abs. 1 und 2 neu, in der Fassung vom 29. Januar 1987.

## Volksschulgesetz

Vom 14. September 1969

*Der Kantonsrat von Solothurn*

gestützt auf Artikel 47 der Kantonsverfassung vom 23. Oktober 1887

nach Kenntnisnahme von Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 7. Juni 1968

*beschliesst:*

### II. Teil

#### Schüler

Schulpflicht  
a) allgemein

§ 19. <sup>1</sup> Bei Beginn des Schuljahres im Frühling werden die Kinder schulpflichtig, die bis 31. Oktober das siebente Altersjahr vollenden.<sup>1)</sup>

<sup>2</sup> Bei Beginn des Schuljahres im Herbst werden die Kinder schulpflichtig, die bis 31. Dezember das siebente Altersjahr vollenden.<sup>2)</sup>

<sup>3</sup> Für Kinder, die in ihrer Entwicklung zurückgeblieben sind, ordnet die Schulkommission nach Anhören des Schularztes oder des schulpsychologischen Dienstes einen späteren Schuleintritt an.

<sup>4</sup> Kinder, die mit Beginn des Schuljahres das sechste Altersjahr vollendet haben, können mit Zustimmung der Schulkommission nach Begutachtung durch den Schularzt oder den schulpsychologischen Dienst die Schule besuchen.

<sup>5</sup> Der Kantonsrat kann zur Koordination mit andern Kantonen die Bestimmungen über den Beginn der Schulpflicht abändern.

- 1) § 19 Abs. 1 hinfällig. Das Schuljahr beginnt gemäss KRB vom 17. September 1986 (BGS 411.215.1) ab 1989 nach den Sommerferien.
- 2) Schulpflichtig werden die Kinder, die bis zum vorangehenden 30. April das sechste Altersjahr vollendet haben.



**Vollzugsverordnung zum Kantonsratsbeschluss  
über die Verlegung des Schuljahrbeginns  
auf den Spätsommer  
(Schuljahrverordnung)**

RRB vom 27. Oktober 1987

---

*Der Regierungsrat des Kantons Solothurn*

gestützt auf die §§ 4 und 8 des Kantonsratsbeschlusses über  
die Verlegung des Schuljahrbeginns auf den Spätsommer vom  
17. September 1986<sup>1)</sup>)

*beschliesst:*

**I. Bestimmungen für die Schuljahre mit  
Schuljahrbeginn im Spätsommer**

Form der Ver-  
legung des  
Stichtages

§ 6. Der Stichtag für den Eintritt in den Kindergarten und  
den Beginn der Schulpflicht ist in der Regel in vier Monatsschrit-  
ten zu verschieben.

Gesetz über die Primarschule vom 15. Nov. 1978

II. Schulpflicht

§ 4. <sup>1</sup>Das Schuleintrittsalter wird durch den Grossen Rat festge- Beginn  
setzt.

<sup>2</sup>Der Schuleintritt kann auf Gesuch der Inhaber der elterlichen Gewalt oder auf Empfehlung des Schularztes oder des Jugendpsychologen durch die Schulvorsteherschaft um ein Jahr hinausgeschoben werden.

<sup>3</sup>Kinder, die sich in den ersten Schulwochen als schulunreif erweisen, können auf Antrag des Lehrers für den Rest des Schuljahres dispensiert oder einer besonderen Förderung zugeführt werden.

Verordnung des Grossen Rates über das Schuleintrittsalter vom 17. Nov. 1986

§ 1. Kinder, die bis zum 30. April das sechste Altersjahr vollendet haben, werden auf den Beginn des neuen Schuljahres schulpflichtig.

§ 2. <sup>1</sup>Es gilt folgende Übergangsregelung:

1. Auf den Beginn des Schuljahres 1987/88 werden die Kinder schulpflichtig, die bis zum 31. Dezember 1986 das sechste Altersjahr vollendet haben.
2. Auf den Beginn des Schuljahres 1988/89 werden die Kinder schulpflichtig, die bis zum 31. Januar 1988 das sechste Altersjahr vollendet haben.
3. Auf den Beginn des Schuljahres 1989/90 werden die Kinder schulpflichtig, die bis zum 28. Februar 1989 das sechste Altersjahr vollendet haben.
4. Auf den Beginn des Schuljahres 1990/91 werden die Kinder schulpflichtig, die bis zum 31. März 1990 das sechste Altersjahr vollendet haben.

<sup>2</sup>Im Interesse gleichmässiger Schülerbestände in den ersten Klassen kann der Regierungsrat für einzelne Schulgemeinden das Schuleintrittsalter abweichend festlegen.

§ 3. Diese Verordnung ersetzt den Beschluss über die Festsetzung des Schuleintrittsalters vom 24. November 1980 und tritt sofort in Kraft.

## Legge della scuola del 29 maggio 1958

Obbligato-  
rietà scola-  
stica — età  
d'ammissio-  
ne — proscio-  
glimento

Art. 10. La frequenza della scuola è obbligatoria per tutti i fanciulli domiciliati nel Cantone, dai 6 ai 15 anni di età.

Devono essere iscritti alla scuola elementare tutti i fanciulli d'ambo i sessi che, all'apertura della medesima, hanno compiuto il loro sesto anno di età, o lo compiono entro il 31 dicembre.

Su istanza della famiglia o del maestro, udito il parere del medico, l'ispettore può rimandare all'anno scolastico successivo l'iscrizione dei fanciulli meritevoli di speciale riguardo per il loro stato psichico e fisico.

I fanciulli che iniziano la scuola a 7 anni hanno la possibilità, nel corso della scuola elementare, in seguito a esami e a giudizio dell'ispettore

scolastico, di recuperare l'anno perso. La stessa possibilità è concessa a chi, dopo aver iniziata la frequenza scolastica, perde un anno per malattia.

Nessun allievo è liberato dall'obbligo scolastico prima di aver ottenuto il certificato di proscioglimento rilasciato dall'ispettore.

Uno speciale assolutorio è rilasciato agli allievi promossi dalla scuola elementare che si iscrivono al ginnasio o hanno concluso, a 14 anni, un contratto di tirocinio agricolo.

Gli allievi sono tenuti a frequentare le scuole obbligatorie durante l'intero anno scolastico, anche se compiono il quindicesimo anno prima della sua fine.

Il proscioglimento anticipato può essere concesso, per seri motivi, dal dipartimento, dopo il compimento del quindicesimo anno di età.

## Legge della scuola <sup>1)</sup>

(del 1° febbraio 1990)

### IL GRAN CONSIGLIO DELLA REPUBBLICA E CANTONE DEL TICINO

visto il messaggio 30 giugno 1987 n. 3200 del Consiglio di Stato,

**d e c r e t a:**

#### TITOLO I

#### Disposizioni generali

#### Capitolo I

#### Scuola pubblica

**Art. 1.** <sup>1</sup> La scuola pubblica è un'istituzione educativa al servizio della persona e della società. Definizione.

<sup>2</sup> Essa è istituita e diretta dal Cantone con la collaborazione dei comuni.

<sup>3</sup> L'insegnamento è impartito in lingua italiana e nel rispetto della libertà di coscienza.

<sup>4</sup> Alla conduzione della scuola partecipano le sue componenti secondo le modalità stabilite dalla presente legge.

**Art. 2.** <sup>1</sup> La scuola promuove, in collaborazione con la famiglia e con le altre istituzioni educative, lo sviluppo armonico di persone in grado di assumere ruoli attivi e responsabili nella società e di realizzare sempre più le istanze di giustizia e di libertà. Finalità.

<sup>2</sup> In particolare la scuola, interagendo con la realtà sociale e culturale e operando in una prospettiva di educazione permanente:

- a) educa la persona alla scelta consapevole di un proprio ruolo attraverso la trasmissione e la rielaborazione critica e scientificamente corretta degli elementi fondamentali della cultura in una visione pluralistica e storicamente radicata nella realtà del Paese;
- b) sviluppa il senso di responsabilità ed educa alla pace, al rispetto dell'ambiente e agli ideali democratici;
- c) favorisce l'inserimento dei cittadini nel contesto sociale mediante un'efficace formazione di base e ricorrente;
- d) promuove il principio di parità tra uomo e donna, si propone di correggere gli scompensi socio-culturali e di ridurre gli ostacoli che pregiudicano la formazione degli allievi.

Publicata nel BU 91, 287.

<sup>1)</sup> N.B. La vecchia L della scuola 550 (vecchio 140) volume 10 è in parte ancora in vigore.

**Componenti della scuola.**

**Art. 3.** <sup>1</sup> Le componenti della scuola sono i docenti, gli allievi e i genitori; inoltre, nelle scuole professionali, i maestri di tirocinio.

<sup>2</sup> Allo scopo di integrare la propria funzione educativa, la scuola si vale della collaborazione del mondo della cultura, dell'informazione e dell'economia.

**Ordinamento.**

**Art. 4.** <sup>1</sup> La scuola è ordinata nei seguenti gradi:

- a) la scuola dell'infanzia;
- b) la scuola elementare;
- c) la scuola media;
- d) le scuole postobbligatorie.

<sup>2</sup> La scuola elementare e la scuola media sono scuole obbligatorie.

<sup>3</sup> Le scuole postobbligatorie comprendono i seguenti ordini:

- a) le scuole medie superiori;
- b) la scuola magistrale;
- c) la scuola tecnica superiore;
- d) le scuole professionali;
- e) altre scuole.

<sup>4</sup> L'educazione speciale è organizzata dal Cantone come servizio particolare che opera in collaborazione con i singoli gradi o ordini scolastici.

**Leggi speciali.**

**Art. 5.** I diversi gradi e i principali servizi scolastici sono retti, oltre che dalla presente legge, da leggi speciali.

**Obbligo scolastico.**

**Art. 6.** <sup>1</sup> La frequenza della scuola è obbligatoria per tutte le persone residenti nel Cantone, dai sei ai quindici anni di età.

<sup>2</sup> Devono essere iscritte alla scuola elementare tutte le persone che, all'apertura della medesima hanno compiuto il loro sesto anno di età o lo compiono entro il 31 dicembre; per ragioni fisiche o psichiche è possibile il rinvio dell'iscrizione all'anno scolastico successivo.

<sup>3</sup> L'obbligo scolastico termina alla fine dell'anno scolastico nell'anno in cui l'allievo compie i quindici anni; il proscioglimento prima della fine dell'anno scolastico può essere concesso dal Dipartimento, per seri motivi, in ogni caso dopo il compimento del quindicesimo anno d'età.

<sup>4</sup> All'adempimento dell'obbligo scolastico l'allievo riceve il certificato di proscioglimento.

<sup>5</sup> I datori di lavoro non possono assumere alle loro dipendenze allievi che non sono in possesso del certificato di proscioglimento.

<sup>6</sup> In caso di violazione delle disposizioni di cui al capoverso precedente si provvede conformemente all'art. 54 della presente legge.

**Gratuità.**

**Art. 7.** <sup>1</sup> La frequenza delle scuole pubbliche è gratuita.

<sup>2</sup> Il materiale scolastico è fornito gratuitamente dal Cantone nelle scuole medie, dai comuni e dai consorzi nelle scuole dell'infanzia e nelle scuole elementari.

<sup>3</sup> Le spese di trasporto e la refezione degli allievi sono sussidate dal Cantone e dai comuni nei limiti stabiliti dalle leggi speciali.

Schulordnung des Kantons Uri vom 21. April 1971. Revidiert und vom Volke angenommen am 26. Februar 1978

Art. 59<sup>1)</sup>

Voraussetzungen der Schulpflicht

<sup>1</sup> Jedes im Kanton Uri wohnhafte Kind, das bis zum 31. März das 6. Altersjahr vollendet, wird auf Beginn des nächsten Schuljahres schulpflichtig.

<sup>2</sup> In Sonderfällen kann der Schulrat auf ein ärztliches Zeugnis, zusammen mit einem Gutachten eines anerkannten Schulpsychologen, einen früheren Schuleintritt bewilligen.

<sup>3</sup> Für körperlich oder geistig nicht genügend entwickelte Kinder kann der Schulrat auf ein ärztliches Zeugnis oder auf ein Gutachten eines anerkannten Schulpsychologen den Schuleintritt zurückstellen oder die Einweisung in eine Hilfs- oder Sonderschule veranlassen.

<sup>4</sup> Ein solches Zurückstellen kann auf übereinstimmenden Antrag der Lehrerschaft und des kantonalen Schulpsychologen auch noch im 1. Trimester des Schuljahres erfolgen.

<sup>5</sup> Rekurse betreffend Zurückstellung sind an das kantonale Schulinspektorat zu richten. Sein Entscheid kann an den Erziehungsrat weitergezogen werden.

**SCHULORDNUNG DES KANTONS URI**

(vom 21. April 1971)

Der Landrat des Kantons Uri,

gestützt auf Artikel 8 Absatz 2 der Kantonsverfassung in der Fassung gemäss Volksabstimmung vom 19. Mai 1968, in Ausführung der Übergangsbestimmung Ziffer II/1 zu diesem Volksbeschluss,

beschliesst:

**Erster Teil: ORGANISATORISCHE VORSCHRIFTEN****I. Allgemeines****Artikel 1 Schulbehörden**

Das Schul- und Erziehungswesen obliegt:

- a) in der Gemeinde:
  1. dem Schulrat
  2. dem Schulratspräsidenten
  3. der Schulvorsteherschaft
- b) bei Kreisschulen  
den durch ihr Statut eingesetzten Kreisschulbehörden
- c) beim Kanton:
  1. dem Regierungsrat
  2. der Erziehungsdirektion
  3. dem Erziehungsrat
  4. den Schulinspektoraten

**II. Gemeindeschulwesen****Artikel 2 Schulrat a) Wahl, Zusammensetzung, Konstituierung**

<sup>1</sup> Wahl, Zusammensetzung und Konstituierung des Schulrates richten sich im Rahmen der Kantonsverfassung<sup>1)</sup> nach der Gemeindegesetzgebung.<sup>2)</sup>

<sup>2</sup> Das Sekretariat des Schulrates kann auch von einem Mitglied ausgeübt werden.

<sup>1)</sup> RB 1.1101

<sup>2)</sup> Fassung gemäss LRB vom 10. Februar 1988, in Kraft seit 1. August 1988

**10. 1111**

<sup>4</sup> Wer ein freiwilliges Schuljahr begonnen hat, ist grundsätzlich verpflichtet, es zu vollenden.

**Artikel 58 Schulpflicht bei der Oberstufe**

Auf der Oberschulstufe kann die Schulpflicht wahlweise in der Schulart (einschliesslich Mittelschule) absolviert werden, für welche der Schüler die Aufnahmebedingungen erfüllt.

**Artikel 59<sup>1)</sup> Voraussetzungen der Schulpflicht**

<sup>1</sup> Jedes im Kanton Uri wohnhafte Kind, das bis zum 31. März das 6. Altersjahr vollendet, wird auf Beginn des nächsten Schuljahres schulpflichtig.

<sup>2</sup> In Sonderfällen kann der Schulrat auf ein ärztliches Zeugnis, zusammen mit einem Gutachten eines anerkannten Schulpsychologen, einen früheren Schuleintritt bewilligen.

<sup>3</sup> Für körperlich oder geistig nicht genügend entwickelte oder sozial geschädigte Kinder kann der Schulrat, gestützt auf das Gutachten eines anerkannten Schulpsychologen, den Schuleintritt zurückstellen oder die Einweisung in eine Hilfs- oder Sonderschule veranlassen. Die Eltern sind vor dem Entscheid anzuhören.<sup>2)</sup>

<sup>4</sup> Ein solches Zurückstellen kann auf übereinstimmenden Antrag der Lehrerschaft und des kantonalen Schulpsychologen auch noch im 1. Trimester des Schuljahres erfolgen.

<sup>5</sup> Rekurse betreffend Zurückstellung sind an das kantonale Schulinspektorat zu richten. Sein Entscheid kann an den Erziehungsrat weitergezogen werden.

**Artikel 60<sup>2)</sup> Befreiung**

Kinder, die weder schulbildungsfähig noch praktischbildungsfähig sind, werden auf Antrag des kantonalen Schulpsychologen vom Schulrat von der Schulpflicht befreit. Die Schulbefreiung darf nur nach Einholung eines ärztlichen Zeugnisses erfolgen.

**Artikel 61<sup>2)</sup> Entlassung und Ausschluss**

Liegen Gründe für eine vorzeitige Entlassung oder für einen Ausschluss aus der Schule vor, entscheidet der zuständige Schulinspektor nach Anhören der Eltern, des Lehrers und des Schulrates und nach Vornahme der erforderlichen Abklärungen. Der Schulrat kann eine geeignete Schulung veranlassen.

<sup>1)</sup> Fassung gemäss LRB vom 20. April 1977, in Kraft seit 1. August 1977

<sup>2)</sup> Fassung gemäss LRB vom 10. Februar 1988, in Kraft seit 1. August 1988

Loi sur l'instruction publique du 4 juillet 1962

**La scolarité obligatoire**

**Art. 14.**

Scolarité  
obligatoire

L'école est obligatoire de 7 à 15 ans pour les garçons et de 7 à 14 ans pour les filles. Les articles 50 et 53 de la présente loi sont réservés.

Les communes ont la faculté de fixer le début de la scolarité à 6 ans. Elles peuvent la prolonger pour les garçons jusqu'à 16 ans. Les décisions communales sont soumises à l'approbation du Département.

Les parents peuvent également envoyer leurs enfants à l'école primaire à partir de 6 ans. Ils peuvent prolonger la scolarité pour les garçons jusqu'à 16 ans.

Le règlement fixe les termes exacts du début et de la fin de la scolarité obligatoire.

Des dispositions réglementaires fixent les heures de rentrée et la participation des enfants à des sociétés d'adultes, pendant l'année scolaire.

**Art. 15.**

Admission  
retardée

La Commission scolaire peut, sur préavis d'un organe spécialisé désigné par le Département, retarder l'entrée en classe des élèves qui ne jouissent pas d'un développement suffisant.

Décret d'application du 20 juin 1972 conc. le concordat sur la coordination scolaire

**Article premier**

L'âge d'entrée à l'école obligatoire est fixé à 6 ans révolus au 30 septembre.

**Loi**  
du 4 juillet 1962  
sur l'instruction publique<sup>1</sup>

**LE GRAND CONSEIL DU CANTON DU VALAIS**

Voulant promouvoir l'éducation et l'instruction de la jeunesse;  
Considérant la nécessité d'organiser les diverses parties de l'enseignement;

Vu les articles 2, 13, 15 et 18 de la constitution cantonale;  
Sur la proposition du Conseil d'Etat,

ordonne:

**PREMIÈRE PARTIE**

**Organisation de l'enseignement**

**Chapitre premier**

**Dispositions générales**

**Article premier**

La présente loi organise l'instruction publique et établit les règles applicables au fonctionnement de l'enseignement privé.

But de la présente loi

**Art. 2<sup>2</sup>**

La direction supérieure de l'instruction publique et la surveillance générale de l'enseignement privé relèvent du Conseil d'Etat qui les exerce par l'intermédiaire du Département de l'instruction publique (en abrégé: Département).

Organes de direction et de surveillance

**Art. 2bis<sup>2</sup>**

Les programmes garantissent l'enseignement de base des matières scolaires. La priorité est accordée aux branches principales. Ils sont élaborés et évalués par le Département, en veillant à assurer une harmonieuse continuité entre les divisions et degrés d'enseignement et prennent en compte l'évolution des divers besoins.

Programmes

Par des structures appropriées, le Département sollicite la participation des enseignants pour l'élaboration et la réforme des programmes. Les parents peuvent être consultés.

Les programmes sont soumis à l'approbation du Conseil d'Etat.

**Art. 3**

L'école valaisanne a la mission générale de seconder la famille dans l'éducation et l'instruction de la jeunesse.

Mission générale de l'école

A cet effet, elle recherche la collaboration des Eglises reconnues de droit public (appelées ci-après Eglises)<sup>2</sup>.

Elle s'efforce de développer le sens moral, les facultés intellectuelles et physiques de l'élève, de le préparer à sa tâche de personne humaine et de chrétien.

**Art. 3 bis<sup>2</sup>**

Les autorités scolaires maintiennent les relations nécessaires par l'information, la consultation, la participation, ou par d'autres moyens, avec les parents, les enseignants, leurs associations respectives, ainsi qu'avec les Eglises et les milieux concernés.

Information, consultation, participation

<sup>1</sup>T. LVI, 196 avec les modifications du 16 mai 1986, T. LXXX, 1.

<sup>2</sup>Nouvelle teneur selon modification du 16 mai 1986.

Les communes assurent le personnel enseignant contre les risques d'accidents professionnels.

**Chapitre III**  
**La scolarité obligatoire**

**Art. 14<sup>1</sup>**

Durée de la scolarité obligatoire

La durée de la scolarité obligatoire est de neuf ans. En règle générale, elle comprend six années d'école primaire et trois années de cycle d'orientation. Demeurent réservées les exceptions prévues par la loi.

**Art. 15**

Admission retardée

La commission scolaire peut, sur préavis d'un organe spécialisé désigné par le Département, retarder le début de la scolarité aux élèves qui ne jouissent pas d'un développement suffisant.

**Art. 16<sup>1</sup>**

Prolongation et libération anticipée de la scolarité obligatoire

L'autorité scolaire communale ou intercommunale compétente peut, à la demande des parents, les enseignants entendus, prolonger la scolarité obligatoire d'un élève dans le cadre des structures du cycle d'orientation.

Exceptionnellement et sur le préavis de l'autorité scolaire communale, les enseignants entendus, le Département peut libérer totalement ou partiellement l'élève astreint à la scolarité obligatoire.

**Chapitre IV**

**L'enseignement privé**

**A. Dispositions générales applicables aux écoles privées**

**Art. 17**

Surveillance de l'Etat

L'enseignement privé est soumis à la haute surveillance du Conseil d'Etat qui l'exerce par le Département.

Le Département veille au respect de l'ordre et de la sécurité publics, de l'hygiène et des bonnes mœurs. Il peut en tout temps se renseigner sur le programme, les méthodes et moyens d'enseignement. Il fait respecter les dispositions de la loi relatives aux locaux scolaires et aux mesures sanitaires.

En cas de contravention grave, le Département peut ordonner la fermeture de l'école. Le recours au Conseil d'Etat est réservé.

**Art. 18**

Ouverture de l'école

Quiconque entend tenir une école privée en informe le Département. Celui-ci s'assure de la moralité et des compétences du requérant.

**B. Dispositions particulières à l'école primaire privée**

**Art. 19**

Autorisation

L'ouverture de toute école primaire privée est subordonnée à une autorisation du Département.

Celui-ci s'assure de la moralité et des qualités d'éducateur du requérant et de ses collaborateurs. Il exige que ces derniers soient porteurs des diplômes prévus par la loi ou de diplômes reconnus équivalents.

<sup>1</sup>Teneur selon modification du 16 mai 1986.

Gesetz über das öffentliche Unterrichtswesen vom 4. Juli 1962

**Schulpflicht**

**Art. 14.**

Schulpflicht

Die Schulpflicht beginnt mit dem 7. und endet für die Knaben mit dem 15. und für die Mädchen mit dem 14. Altersjahre. Die Artikel 50 und 53 des vorliegenden Gesetzes bleiben vorbehalten.

Die Gemeinden sind frei, den Beginn der Schulpflicht auf das 6. Altersjahr anzusetzen. Sie können diese für die Knaben bis zum 16. Altersjahr verlängern. Die Beschlüsse der Gemeinden unterliegen der Genehmigung durch das Departement.

Es ist den Eltern ebenfalls freigestellt, ihre Kinder bereits mit 6 Jahren in die Primarschule zu schicken. Sie können für die Knaben den Schulbesuch auf das 16. Altersjahr ausdehnen.

Das Reglement setzt den genauen Zeitpunkt von Beginn und Ende der Schulpflicht fest.

Reglementarische Bestimmungen ordnen für die Dauer des Schuljahres die Ausgangszeit der Schulkinder und die Bedingungen ihrer Zugehörigkeit zu Vereinen erwachsener Personen.

**Art. 15.**

Verschiebung  
des  
Schuleintrittes

Die Schulkommission kann auf Grund der Vormelung eines vom Erziehungsdepartement zu diesem Zweck bezeichneten fachlich zuständigen Organs für jene Schüler, die in ihrer Entwicklung zurückgeblieben sind, den Schuleintritt verschieben.

Vollziehungsdekret vom 20. Juni 1972 zum Konkordat über die Schulkoordination

Artikel 1

Das Eintrittsalter in die obligatorische Schule wird auf das am 30. September vollendete 6. Altersjahr festgesetzt.

Das Eintritsalter in die obligatorische Schule wird auf das am 30. September vollendete 6. Altersjahr festgesetzt.

# GESETZ

vom 4. Juli 1962

## ÜBER DAS ÖFFENTLICHE UNTERRICHTSWESEN

### DER GROSSE RAT DES KANTONS WALLIS,

Willens, Erziehung und Ausbildung der Jugend zu fördern;

Erwägend die Notwendigkeit, die verschiedenen Stufen des Unterrichtswesens planmässig aufzubauen;

Eingesehen die Art. 2, 13, 15 und 18 der Kantonsverfassung;

Auf Antrag des Staatsrates,

beschliesst:

#### I. TEIL

#### AUFBAU DES UNTERRICHTSWESENS

##### I. Abschnitt

##### Allgemeine Bestimmungen

###### Art. 1.

Das vorliegende Gesetz regelt den Aufbau des öffentlichen Unterrichtswesens und enthält die für den geordneten Gang des Privatunterrichtes notwendigen Vorschriften.

Zweck des vorliegenden Gesetzes

###### Art. 2.

Die Oberleitung des öffentlichen Unterrichtswesens und die allgemeine Aufsicht über den Privatunterricht obliegen dem Staatsrat. Er übt seine Befugnisse durch das Erziehungsdepartement aus (1).

Mit der Leitung und Aufsicht betraute Organe

Das Departement stellt die Lehrprogramme auf und sorgt für ihre Anwendung und Koordination.

###### Art. 3.

Die allgemeine Aufgabe der Walliser Schule besteht darin, die Familie bei der Erziehung und Ausbildung der Jugend zu unterstützen.

Allgemeine Aufgabe der Schule

Zu diesem Zwecke erstrebt sie die Zusammenarbeit mit der Kirche.

(1) Abgekürzt: Departement.

Nötigenfalls geben sie an diese Schüler Mahlzeiten ab und leisten an deren Kosten Beiträge. Sie übernehmen ferner die unbedingt notwendigen Auslagen für die Unterkunft, um den Schülern den Besuch der kommunalen oder regionalen Schulen zu ermöglichen.

#### Art. 13.

Unfallversicherung

Die Gemeinden versichern die Schüler der Primar- und der kommunalen oder regionalen Sekundarschule für die Dauer der obligatorischen Schulzeit gegen die Folgen von Unfall.

Der Staat leistet an die Unfallprämien Beiträge in gleicher Höhe wie an die obligatorischen Kinderkrankenkassen.

Der verbleibende Betrag der Prämie ist von den Gemeinden zu übernehmen, die einen Teil davon auf die Eltern überwälzen können.

Die Gemeinden versichern das Lehrpersonal gegen Berufs-Unfälle.

### III. Abschnitt

#### Schulpflicht

##### Art. 14.

Schulpflicht

Die Schulpflicht beginnt mit dem 7. und endet für die Knaben mit dem 15. und für die Mädchen mit dem 14. Altersjahre. Die Artikel 50 und 53 des vorliegenden Gesetzes bleiben vorbehalten.

Die Gemeinden sind frei, den Beginn der Schulpflicht auf das 6. Altersjahr anzusetzen. Sie können diese für die Knaben bis zum 16. Altersjahr verlängern. Die Beschlüsse der Gemeinden unterliegen der Genehmigung durch das Departement.

Es ist den Eltern ebenfalls freigestellt, ihre Kinder bereits mit 6 Jahren in die Primarschule zu schicken. Sie können für die Knaben den Schulbesuch auf das 16. Altersjahr ausdehnen.

Das Reglement setzt den genauen Zeitpunkt von Beginn und Ende der Schulpflicht fest.

Reglementarische Bestimmungen ordnen für die Dauer des Schuljahres die Ausgangszeit der Schulkinder und die Bedingungen ihrer Zugehörigkeit zu Vereinen erwachsener Personen.

##### Art. 15.

Verschiebung des Schuleintrittes

Die Schulkommission kann auf Grund der Vormeinung eines vom Erziehungsdepartement zu diesem Zweck bezeichneten fachlich zuständigen Organs für jene Schüler, die in ihrer Entwicklung zurückgeblieben sind, den Schuleintritt verschieben.

N.B.: Die neuen und die abgeänderten Bestimmungen sind fett gedruckt

## Gesetz

vom 16. Mai 1986

zur Einfügung von Organisationsbestimmungen über die Orientierungsschule in das Gesetz vom 4. Juli 1962 über das öffentliche Unterrichtswesen

### DER GROSSE RAT DES KANTONS WALLIS

Eingesehen die Artikel 13 und 30 der Kantonsverfassung;  
Auf Antrag des Staatsrates,

beschliesst:

#### I.

Das Gesetz vom 4. Juli 1962 über das öffentliche Unterrichtswesen wird wie folgt abgeändert:

#### Art. 2

Die Oberleitung des öffentlichen Unterrichtswesens und die allgemeine Aufsicht über den Privatunterricht obliegen dem Staatsrat. Er übt seine Befugnisse durch das Erziehungsdepartement (abgekürzt: Departement) aus.

Absatz 2: aufgehoben.

Mit der Leitung und Aufsicht betraute Organe

#### Art. 2 bis

Die Programme garantieren die Grundausbildung in den Schulfächern. Der Vorrang wird den Hauptfächern gewährt. Sie werden durch das Departement ausgearbeitet und gewertet, indem auf eine harmonische Koordination zwischen den Abteilungen und Unterrichtsstufen geachtet wird und der Entwicklung der verschiedenen Bedürfnisse Rechnung zu tragen ist.

Das Departement strebt zur Ausarbeitung und Reform der Programme durch angepasste Strukturen die Mitarbeit der Lehrer an. Die Eltern können befragt werden.

Die Programme sind der Genehmigung des Staatsrates unterstellt.

Programme

#### Art. 3

Die allgemeine Aufgabe der Walliser Schule besteht darin, die Familie bei der Erziehung und Ausbildung der Jugend zu unterstützen.

Zu diesem Zwecke erstrebt sie die Zusammenarbeit mit den öffentlich-rechtlich anerkannten Kirchen (nachfolgend Kirchen genannt).

Sie bemüht sich, die sittlichen, geistigen und körperlichen Anlagen des Schülers zur Entfaltung zu bringen und ihn auf seine Aufgabe als Mensch und Christ vorzubereiten.

Allgemeine Aufgabe der Schule

#### Art. 11

Der Primar- und der Orientierungsschulunterricht sind in den öffentlichen Schulen für die Schüler unentgeltlich, die sich im Kanton aufhalten.

Unentgeltlichkeit des Unterrichts

Der Mittelschulunterricht ist in den öffentlichen Schulen für die Schüler unentgeltlich, deren gesetzlicher Vertreter im Kanton seinen Wohnsitz hat.

Das Reglement setzt die Aufnahmebedingungen für jene Mittelschüler fest, deren Eltern nicht im Kanton ihren Wohnsitz haben.

#### Art. 14

Die obligatorische Schulzeit beträgt neun Jahre. Sie umfasst in der Regel sechs Jahre Primarschule und drei Jahre Orientierungsschule. Die gesetzlich vorgesehenen Ausnahmen bleiben vorbehalten.

Dauer der obligatorischen Schulzeit

Absatz 2: aufgehoben.

Absatz 3: aufgehoben.

Absatz 4: aufgehoben.

Absatz 5: aufgehoben.

#### Art. 16

Die zuständige Gemeinde- oder interkommunale Schulbehörde kann auf Gesuch der Eltern nach Anhören der Lehrer die Schulpflicht eines Schülers im Rahmen der Strukturen der Orientierungsschule verlängern.

Verlängerung der Schulpflicht und vorzeitige Entlassung

Ausnahmsweise und auf Vormeinung der Gemeinde-Schulbehörde kann das Departement den Schüler ganz oder teilweise von der Erfüllung der Schulpflicht befreien.

#### Art. 35

Die Primarschule ist obligatorisch. Unter Vorbehalt von Artikel 14 erstreckt sich der Unterricht über sechs Jahre.

Schuldauer

Art. 36: aufgehoben.

### III. TEIL

## Der Orientierungs- und Mittelschulunterricht

### Erster Titel

### Die Orientierungsschule

### I. Abschnitt

### Allgemeine Bestimmungen

#### Art. 46

Der in der Orientierungsschule erteilte Unterricht erlaubt den Schülern, welche die sechs Primarschuljahre abgeschlossen haben, die Schulpflicht zu erfüllen und ihre Ausbildung weiterzuführen. Die Bestimmungen über das Hilfs- und Sonderschulwesen bleiben vorbehalten.

Anwendungsbereich

Loi scolaire du 12 juin 1984

Scolarité  
obligatoire

Art. 5. — La scolarité obligatoire commence à l'âge de six ans révolus au 30 juin.

Elle comprend en principe neuf années d'études, des dérogations pouvant être accordées par le Département de l'instruction publique et des cultes (ci-après: le département).

## LOI SCOLAIRE

(RSV 4.2)

du 12 juin 1984

R 1984, p. 151.

## LE GRAND CONSEIL DU CANTON DE VAUD

vu le projet de loi présenté par le Conseil d'Etat<sup>1</sup><sup>1</sup> BGC print. 1984, p. 652.

décrète

## CHAPITRE PREMIER

## Dispositions générales

Champ  
d'application

Article premier. — La présente loi s'applique aux classes enfantines et à celles de la scolarité obligatoire, du premier au neuvième degré.

Elle définit les buts généraux de l'école et règle:

- l'organisation et le fonctionnement de l'école;
- les compétences respectives des autorités communales et cantonales;
- le statut des maîtres;
- les services auxiliaires;
- les droits et obligations des élèves;
- les relations de l'école avec les parents des élèves;
- le financement de l'école.

Loi de référence

Art. 2. — Elle constitue la loi de référence des lois cantonales sur l'instruction publique, à l'exception de la loi sur l'Université.

Buts de l'école

Art. 3. — L'école assure, en collaboration avec les parents, l'instruction des enfants. Elle seconde les parents dans leur tâche éducative.

Plus particulièrement, elle vise à faire acquérir à l'enfant des connaissances, des techniques et des méthodes, à développer ses facultés intellectuelles, manuelles et créatrices, à exercer ses aptitudes physiques, à former son jugement et sa personnalité, à lui permettre, par la connaissance de lui-même et du monde qui l'entoure, de trouver sa place dans la société.

Respect des  
convictions

Art. 4. — L'école respecte les convictions religieuses, morales et politiques des enfants et de leurs parents.

Toute forme de propagande y est notamment interdite.

Scolarité  
obligatoire

Art. 5. — La scolarité obligatoire commence à l'âge de 6 ans révolus au 30 juin. Toutefois, sur demande écrite des parents, l'admission des enfants nés du 1<sup>er</sup> mai au 31 août peut être retardée ou avancée d'une année<sup>1</sup>.

Elle comprend en principe neuf années d'études, des dérogations pouvant être accordées par le Département de l'instruction publique et des cultes (ci-après: le département).

<sup>1</sup> Mod. par loi du 11.9.1990 (R 1990, p. 432).

Devoir des parents

Art. 6. — Tous les parents domiciliés ou résidant dans le canton ont le droit et le devoir d'envoyer leurs enfants en âge de scolarité obligatoire dans une école publique ou privée, ou de leur dispenser un enseignement à domicile.

Sont considérés comme parents les personnes qui exercent l'autorité parentale et, le cas échéant, les parents nourriciers.

Contrôle de  
l'obligation scolaire

Art. 7. — Les municipalités s'assurent que l'obligation scolaire est respectée.

Les contrevenants sont passibles d'une amende d'un montant maximum de Fr. 500.— et sont poursuivis conformément à la loi sur les contraventions.

La poursuite est dirigée contre le ou les parents. Si l'instruction révèle que l'absence incriminée est imputable à l'enfant seulement, les parents sont libérés, une sanction disciplinaire pouvant être prise en application des articles 118 et suivants.

Gratuité

Art. 8. — Sous réserve de l'article 14, l'instruction est gratuite dans les écoles publiques durant la scolarité obligatoire pour les enfants dont les parents sont domiciliés dans le canton ou sont au bénéfice d'un statut jugé équivalent.

Est réservée la fourniture des effets et des équipements personnels de l'élève, ainsi que la participation aux frais de certaines manifestations.

Conditions de  
promotion

Art. 9. — Le passage d'un degré scolaire à un autre dépend de conditions relatives à l'âge et aux résultats scolaires de l'élève.

Ces conditions sont définies dans le règlement d'application<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Du 23.10.1985, ci-dessous, RSV même section.

Echecs

Art. 10. — Un élève ne peut redoubler plus de deux fois durant la scolarité obligatoire, un troisième échec entraînant l'application de mesures particulières.

Schulgesetz für den Kanton Zug vom 31. Oktober 1968

§ 7<sup>2)</sup>

<sup>1</sup>Jedes im Kanton wohnhafte bildungsfähige Kind, <sup>Beginn</sup> welches bis zum 30. April des Einschulungsjahres das sechste Altersjahr zurückgelegt hat, wird schulpflichtig.

<sup>2</sup>Kinder, welche am 31. Juli des Einschulungsjahres das sechste Altersjahr zurückgelegt haben, sind zum Schulbesuch berechtigt.

<sup>3</sup>In Sonderfällen kann die Schulkommission auf den übereinstimmenden Antrag des Schularztes und des Schulpsychologen einen früheren Schuleintritt bewilligen.

<sup>4</sup>Für körperliche oder geistig noch nicht genügend entwickelte Kinder kann die Schulkommission auf Antrag des Schularztes oder des Schulpsychologen den Schuleintritt aufschieben.

## Schulgesetz

vom 27. September 1990

Der Kantonsrat des Kantons Zug,

gestützt auf die §§ 4 und 41 Bst. b der Kantonsverfassung<sup>1)</sup>,

beschliesst:

### 1. Titel

#### Allgemeine Bestimmungen

##### § 1

##### *Geltungsbereich*

<sup>1</sup> Dieses Gesetz regelt das Schul- und Bildungswesen.

<sup>2</sup> Vorbehalten bleiben die Spezialgesetze.

##### § 2

##### *Männliche bzw. weibliche Bezeichnungen*

Wo dieses Gesetz für Personen und Funktionsträger männliche bzw. weibliche Bezeichnungen verwendet, gelten diese für beide Geschlechter.

##### § 3

##### *Bildungs- und Erziehungsauftrag*

<sup>1</sup> Die Schule dient, in Zusammenarbeit mit den Eltern und den Kirchen, der Bildung und Erziehung der Kinder.

<sup>2</sup> In diesem Sinne fördert sie die geistig-seelische wie auch die körperliche Entwicklung der Kinder und ist bestrebt, diese nach demokratischen und christlichen Grundsätzen zu selbständigen, lebensfrohen, charaktervollen Menschen zu erziehen, die der Gemeinschaft und der Umwelt gegenüber verantwortungsbewusst handeln.

##### § 4

##### *Schulträger*

<sup>1</sup> Träger der Schulen sind die Gemeinden, der Kanton oder Dritte.

<sup>2</sup> Gemeinden und Kanton können die ihnen gemäss Gesetz zugewiesene Führung von Schulen in besonderen Fällen ganz oder teilweise an Dritte übertragen. Dazu sind Vereinbarungen abzuschliessen, die es Zuger Schülern ermöglichen, diese Schulen ohne Bezahlung eines Schulgeldes zu besuchen.

##### § 5

##### *Schulpflicht*

<sup>1</sup> Jedes bildungsfähige Kind ist berechtigt und verpflichtet, während neun Jahren die Schule zu besuchen.

<sup>2</sup> Es kann eine öffentliche oder anerkannte private Schule besuchen. Die Eltern haben die Gemeinde zu informieren, wenn sie ihr Kind nicht an einer öffentlichen Schule unterrichten lassen.

<sup>3</sup> In besonderen Fällen kann die Schulkommission auf Gesuch der Eltern oder einer zuständigen Behörde einen Schüler vorzeitig aus der Schulpflicht entlassen.

<sup>1)</sup> BGS 111.1 (I, 5)

Gesetz über die Volksschule und die Vorschulstufe (Volksschulgesetz) vom  
11. Juni 1899

**Zweiter Abschnitt: Schulpflicht und Schuljahr<sup>2</sup>**

§ 10.<sup>2</sup> Jedes Kind, das bis zum 31. Dezember eines Jahres das sechste Altersjahr vollendet, wird auf Beginn des nächsten Schuljahres schulpflichtig.<sup>3</sup>

Kinder, die das sechste Altersjahr zwischen dem 1. Januar und dem 31. März vollenden, können auf Gesuch der Eltern auf Beginn des nächsten Schuljahres in die erste Klasse aufgenommen werden. Über solche Gesuche entscheidet die Schulpflege auf Grund eines Zeugnisses des Schularztes.<sup>6</sup>

Die Schulpflege kann nach Anhören der Eltern und gegebenenfalls des Schularztes körperlich schwache oder noch nicht schulreife Kinder um ein Jahr zurückstellen.

Im Laufe des ersten Schuljahres kann die Schulpflege körperlich schwache oder noch nicht schulreife Kinder nach Anhören der Eltern, des Schularztes und des Klassenlehrers um ein Jahr zurückstellen.

<sup>3</sup> Wegen der Umstellung des Schuljahresbeginns verschiebt sich der Stichtag ab 1987 jährlich um 1 Monat. Ab 1990 ist der Stichtag der 30. April.

<sup>6</sup> Der Stichtag für die vorzeitige Einschulung verschiebt sich entsprechend Abs. 1.